



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 531

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 12. Mai 2025, 19.00 Uhr,
in der alten Dorfturnhalle**

Anwesend	34/36 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt		Einwohnerrat: Bernoulli Gilbert, Ebert Stephan, Stohler Martin, Henzen Tobias, ab 19.20 Uhr anwesend: Pfirter Didier und Sommerhalder Timon
		Gemeinderat: -
Vorsitz	Andreas Seiler	
Protokoll	Nurhan Tasdelen	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl in den Ortsschulrat für den Rest der Amtsperiode bis zum 31. Juli 2028: Nicole Lüscher, SVP, anstelle von Stephan Ebert 3495
2. Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für den Rest der Amtsperiode bis zum 30. Juni 2028: Vedat Fidanci, SP, anstelle von Sylvie Anderrüti 3494
3. Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028: Emil Job, U/P, anstelle von Simon Affolter 3489
4. Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028: Nicola Steiner, U/P, Ersatzmitglied 3491
5. Ersatzwahl für die Bau- und Planungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028, Nicola Steiner, U/P, anstelle von Emil Job 3490
6. Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2028: Sybille Hugentobler, U/P 3493

7.	Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028: Reto Ramstein, SVP, Ersatzmitglied	3492
8.	Revision Grundwasserschutzzonen Löli / Remeli, 2. Lesung	3465
9.	Legislaturziele: Politische Gesamtplanung 2025-2035	3486
10.	Teilrevision des Reglements über das Bestattungswesen und den Friedhof, 1. Lesung	3457
11.	Revision Statuten Zweckverband Versorgungsregion Rheintal, 1. Lesung	3479
12.	Fragestunde	531
13.	Teilrevision FEB-Reglement und Nachtragskredit CHF 85'000 für die Finanzierung eines Sockelbeitrages 2025 für Kindertagesstätten, 1. Lesung	3487
14.	Stellungnahme Motion, Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Bernhard Zwahlen, Velostrassen für die Hauptrouten: Augst-Pratteln und Mutzen-Frenkendorf	3388
15.	Beantwortung Postulat, U/P, Christoph Zwahlen, Sicherer Remeliweg – weniger Schleichverkehr	3408
16.	Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Silvio Fareri, Labels der Gemeinde Pratteln: Kosten-Nutzen?	3481

Begrüssung

Andreas Seiler: Ich begrüsse euch zur 531. Sitzung des Einwohnerrats Pratteln.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 22 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 25 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Andreas Seiler: Es ist ein Rücktrittsschreiben eingegangen: *Rücktritt aus der RPK und dem Einwohnerrat aus persönlichen Gründen. Sehr geehrter Herr Seiler, lieber Andreas, Ich habe in den letzten Monaten gemerkt, dass meine Grenzen erreicht sind. Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr hat mich die Grippe ausgebremst. Im Dezember 2024 war es ähnlich. Es ist kein Zufall, sondern ein deutliches Zeichen, dass ich zu viel mache mit Atemtherapie, das Pizza-Geschäft, Young Engineers, meine Aufgabe als Kassier beim TV Pratteln NS, meine Tätigkeit im Bildungsrat und eben auch im Einwohnerrat sowie der Rechnungsprüfungskommission. Eigentlich wäre das Pizza-Geschäft mindestens eine volle 100% Stelle, doch zusätzlich engagiere ich mich an so vielen weiteren Stellen, dass mir kaum noch Zeit für mich selbst und mein Privatleben bleibt. Ich sage oft zu anderen, nur wer sich um sich selbst kümmert, kann auch für andere da sein. Jetzt ist es an der Zeit, diesen Grundsatz selbst ernst zu nehmen. Deshalb werde ich mich per Ende April aus dem Einwohnerrat und der RPK zurückziehen. Diese Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen, aber sie fühlt sich richtig an. Rückblickend sehe ich, dass sich sehr viele meiner Verpflichtungen über die Jahre angesammelt haben und 2024 in einer kaum noch tragbaren Last gipfelten. Ohne zu wissen, ob mein Gesundheitszustand sich dadurch verbessert, möchte ich dennoch einen bewussten Schritt zurückgehen, um meine Energie dort zu investieren, wo sie nicht nur gebraucht wird, sondern auch etwas*

zurückgibt. Ich danke allen für die Zusammenarbeit und das Vertrauen in den letzten Jahren. Mein Rückzug bedeutet nicht, dass mir die Themen nicht wichtig sind, aber ich muss Prioritäten setzen, um langfristig wirksam sein zu können. Mit besten Grüßen. Simon D. Affolter
Für ihn nachgerückt ist Nicola Steiner, der heute anwesend im Rat ist. Ich wünsche ihm viel Freude an diesem Amt.

An der nächsten Sitzung findet die Neuwahl des Einwohnerratsbüros im jährlichen Turnus statt. Die Wahlvorschläge sollten bis am 28. Mai 2025 bei der Verwaltung eingereicht werden, damit sie mit der Einladung zur nächsten Sitzung verschickt werden können.

Mitteilungen des Gemeinderates

GR Petra Ramseier: Der Gemeinderat plant, für die Mobilitätsdrehscheibe eine Begleitgruppe zu bilden. Es wird in den nächsten Tagen eine Mail an die Fraktionspräsidiens gehen. Überlegt euch bitte, wer dort mit dabei sein könnte.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat, SP-Fraktion, Patrick Eichenberger, Verkehrssicherheit Kreuzung Bahnhof- und Muttenzerstrasse

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Andreas Seiler: Es liegen zwei Tischvorlagen auf: Ersatzwahl eines Mitglieds in den Ortschulrat und Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Bau- und Planungskommission. Das Büro schlägt vor, die Geschäfte noch auf die Traktandenliste zu nehmen als Traktandum 1 und 2.

://: Das bereinigte Geschäftsverzeichnis wird ohne Gegenstimme genehmigt.

Beschlüsse

1. Nr. 3495

**Ersatzwahl in den Ortsschulrat für den Rest der Amtsperiode bis zum 31. Juli 2028:
Nicole Lüscher, SVP, anstelle von Stephan Ebert**

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

://: In stiller Wahl wird Nicole Lüscher, SVP, gewählt.

2. Nr. 3494

Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für den Rest der Amtsperiode bis zum 30. Juni 2028: Vedat Fidanci, SP, anstelle von Sylvie Anderrüti

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

://: In stiller Wahl wird Vedat Fidanci, SP, gewählt.

3. Nr. 3489

Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028: Emil Job, U/P, anstelle von Simon Affolter

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

://: In stiller Wahl wird Emil Job, U/P, gewählt.

4. Nr. 3491

Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028: Nicola Steiner, U/P, Ersatzmitglied

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

://: In stiller Wahl wird Nicola Steiner, U/P, gewählt.

5. Nr. 3490

Ersatzwahl für die Bau- und Planungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028: Nicola Steiner, U/P, anstelle von Emil Job

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

://: In stiller Wahl wird Nicola Steiner, U/P, gewählt.

6. Nr. 3493

Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2028: Sybille Hugentobler, U/P

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

://: In stiller Wahl wird Sybille Hugentobler, U/P, gewählt.

7. Nr. 3492

Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode, bis 30. Juni 2028: Reto Ramstein, SVP, Ersatzmitglied

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

://: In stiller Wahl wird Reto Ramstein gewählt.

Es sind jetzt 36 Personen anwesend, das einfache Mehr beträgt 19, das $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 24 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 27 Stimmen.

8. Nr. 3465

Revision Grundwasserschutzzonen Löli / Remeli, 2. Lesung

GR Petra Ramseier: Ich habe eigentlich nichts mehr Zusätzliches zu sagen. Wir gehen in die zweite Lesung. Die Fragen konnten schon bei der 1. Lesung beantwortet werden.

Andreas Seiler: Wir kommen zur Direktberatung. Gibt es allgemeine Wortmeldungen, bevor wir zur Lesung kommen? *Keine Wortmeldungen*.

Lesung

Artikel 1 Geltungsbereich

Artikel 2 Zweck

Artikel 3 Nutzungsbestimmungen

Artikel 4 Neue Bauten und Anlagen in der Schutzone S2

Artikel 5 Bestehende Bauten, Anlagen und Nutzungen

Artikel 6 Vollzug

Artikel 7 Entschädigungen

Artikel 8 Revision von Schutzzonen

Artikel 9 Schlussbestimmungen

Anhang 1: Massnahmenplan mit Fristen

Anhang 2: Massgebende Grundlagen keine Wortmeldungen

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Revision der Grundwasserschutzzonen Löli / Remeli wird genehmigt und der Gemeinderat mit der Durchführung des Verfahrens gemäss § 31 RBG beauftragt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Ablauf der Referendumsfrist: 11. Juni 2025

9. Nr. 3486

Legislaturziele: Politische Gesamtplanung 2025-2035

GP Stephan Burgunder: Ihr habt die Legislaturziele mit der politischen Gesamtplanung vor euch und konntet lesen, was der Gemeinderat in dieser Legislatur plant. In diesem Jahr haben wir drei Neuerungen gegenüber den ersten beiden Malen, als wir den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) erstellt haben. Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrats gibt es die Entwicklungskommission nicht mehr. Der Gemeinderat hat darum die Legislaturziele selbst entwickeln dürfen. Die politische Gesamtplanung ist nur zur Kenntnisnahme. In der Vergangenheit haben wir eine Beratungsfirma beigezogen, welche uns in diesem Prozess begleitet hat. Dieses Mal haben wir das selbst und ohne externe Hilfe durchgezogen. Trotzdem haben wir sehr viel diskutiert, gefeilt und am Schluss formuliert und dann nochmal umformuliert, wie das auch in der Vergangenheit so gewesen ist. Es war kein einfacher Prozess, vor allem für die drei neuen Gemeinderätinnen. Sie mussten sich zuerst in ihre Departemente einarbeiten. Gleichzeitig haben sie schon Ziele formuliert oder angeschaut, was wir in der Vergangenheit hatten. An dieser Stelle bedanke ich nicht nur beim Gemeinderat/den Gemeinderätinnen, sondern auch bei der Verwaltung. Da haben sehr viele Leute intensiv mitgearbeitet und mitgeholfen. Insgesamt ist es ein sehr ausgewogenes Papier. Ich bin jetzt aber gespannt, respektive wir alle sind interessiert, was ihr für lobende und vielleicht auch kritische Anmerkungen habt, welche wir dann sehr gerne entgegennehmen.

Andreas Seiler: Da dieses Geschäft sehr umfangreich ist und verschiedene Themen betrifft oder behandelt, hat das Büro in der Vorbesprechung beschlossen oder angeregt, dass wir zuerst die Diskussion über allgemeine Punkte wie Vision, Claim, Perspektive machen und

nachher die einzelnen Legislaturziele in einer Art Lesung durchgehen. So springen wir in der Diskussion nicht von einem Legislaturziel ins nächste und wechseln das Thema die ganze Zeit.

Dominique Häring: Herzlichen Dank an die Verwaltung und den Gemeinderat für eine sehr umfangreiche Gesamtplanung mit konkreten Punkten, welche wir in den letzten Jahren auch mit vorbereitet haben. Jetzt sieht man konkret, wo es hingehrt.

Rebecca Moldovanyi: Im Namen der SP-Fraktion danke ich insbesondere dem Gemeinderat, aber auch der Verwaltung für die Legislaturziele. Wir haben sie positiv zur Kenntnis genommen und halten sie für ausgewogen. Ihr habt euch viele Ziele gesteckt, das ist schön. Wir haben nachher noch ein paar inhaltliche Fragen.

Patrick Weisskopf: Auch die Fraktion der Unabhängigen hat die Legislaturziele zur Kenntnis genommen. Wir danken dem Gemeinderat für die Erstellung. Es soll ja ein speditiver Prozess gewesen sein. Ich selber finde es halt immer noch schade, dass wir in der Diskussion und bei der Erarbeitung als Einwohnerräte nicht dabei gewesen sind. Dementsprechend nehmen wir das zur Kenntnis.

Dieter Stohler: Ich bin nur halb glücklich über die Zweiteilung. Es ist ja keine Lesung in dem Sinn, aber ich komme gerne noch ein zweites Mal nach vorne. Zuerst möchte ich auch im Namen der FDP-Fraktion dem Gemeinderat für den Bericht danken. Es ist erfreulich, dass er kurz und knackig ist, also auch ziemlich schlank ausgefallen. Der Aufwand wurde reduziert. Keine externen Firmen haben sich hier verwirklicht und viel Geld kassiert. So gesehen ist er authentisch. Wir kennen den Absender, nämlich den Gemeinderat. Es ist auch kein Mix aus Gemeinderat- und Einwohnerratsansichten. Wir sind der Meinung, dass es ein richtiger Entscheid war, die Entwicklungskommission per Mitte 2024 abzuschaffen. Inhaltlich sind diese Ziele nachvollziehbar. Bekanntlich segnen wir diese nicht ab, der Bericht ist zur Kenntnisnahme. Es gibt also gar keine Abstimmung. So kann die Diskussion verkürzt werden. Bei der Umsetzung von diesen konkreten Sachen wird dann die Diskussion in die Budgetdiskussion verlagert, bspw. dann, wenn ein konkretes Projekt im AFP vorliegt. Ganz wichtig finden wir die Perspektive Nr. 2. Für Pratteln ist eine gute Durchmischung und Erschliessung der Quartiere enorm wichtig. Erschliessung heisst für uns auch verkehrsmässige Erschliessung und damit ist für uns nicht nur der langsame Verkehr gemeint. Neben dieser gesamthaft positiven Würdigung hat es aber auch ein paar Sachen, welche aus unserer Sicht weniger gut sind. Ich komme also jetzt zu einem Feedback zuerst zur Perspektive und nachher zu den Legislaturzielen. Perspektive Nr. 3, Pratteln ist kinderfreundliche Gemeinde: Da ist inhaltlich an sich nichts einzuwenden. Ich finde es einfach schade, dass die Worte «Kinderfreundliche Gemeinde» in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt sind. Damit ist beim Leser sofort klar, es geht dem Gemeinderat primär um das Label. Das Label «Kinderfreundliche Gemeinde» hat man sich einmal erarbeitet. Wir wollen jetzt nicht ganz grundsätzlich dagegensprechen, aber dass das als Perspektive mit diesen Anführungs- und Schlusszeichen ist, hat ein bisschen einen negativen Beigeschmack. Man könnte ja auch einfach ganz direkt eine kinderfreundliche Gemeinde sein wollen und dann braucht es kein Anführungs- und Schlusszeichen. Das ist vielleicht ein Detail aber gar kein unwichtiges vom Zeichen, welches es setzt. Perspektive Nr. 9: Pratteln bietet Dienstleistungen an. Dagegen ist nichts einzuwenden. Ich finde es einfach schade, dass der umgekehrte Fall nicht erwähnt wurde, nämlich dass Pratteln auch Dienstleistungen von anderen Gemeinden beziehen kann. Das dürfte hoffentlich möglich sein. Ob es Absicht ist oder man es hier drin einfach vergessen hat aufzuführen, ist uns nicht klar. Vielleicht gibt es da noch eine Antwort des Gemeinderats.

GP Stephan Burgunder: Ich bin jetzt nicht davon ausgegangen, dass es eine Diskussion gibt, aber bei der einen oder anderen Frage können wir gerne Stellung nehmen. Ob wir über Anführungs- und Schlusszeichen diskutieren sollen, weiß ich nicht. Zur inhaltlichen Frage von Dieter Stohler: Wir wollen anderen Gemeinden gewisse Dienstleistungen anbieten und die regionale Zusammenarbeit stärken. Beim Punkt regionale Zusammenarbeit stärken ist implizit drin, dass wir mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten. Wenn wir eine Dienstleistung haben, welche wir auslagern wollen, würden wir uns das selbstverständlich überlegen. Aufgrund der Grösse der Gemeinde wird es schwierig sein, irgendetwas auslagern zu können, aber ich

glaube, das ist sicher nicht ausgeschlossen wie bspw. bei den Steuern, welche wir jetzt nach Liestal ausgelagert haben. Das kann sicher auch der Fall sein. Wir sehen die regionale Zusammenarbeit im Vordergrund. Ich will es nicht ausschliessen. Explizit haben wir es nicht erwähnt, weil wir nichts im Hinterkopf haben in diese Richtung.

Lesung der Legislaturziele

Legislaturziel 1

Legislaturziel 2 *keine Wortmeldungen*

Legislaturziel 3

Hasan Kanber: Das Ladekonzept ist in diesem Legislaturziel erwähnt. Vielleicht könnt ihr ein bisschen näher darauf eingehen, was ihr geplant habt. Die Zeit läuft. Man ist in der Elektromobilität voll drin, vielleicht auch eine Zeitperspektive enger geben, was da geplant wäre.

GP Stephan Burgunder: Es ist schwierig für mich zu jedem Ziel Auskunft zu geben, denn sie kommen nicht alle von mir. Wir wissen noch nicht, in welche Richtung es geht. Wir hatten diesbezüglich einmal eine Interpellation oder Postulat, welches in diese Richtung gegangen ist. Wir wollen sicher etwas machen, aber das müssen wir jetzt zuerst prüfen und Ideen sammeln. Was dabei herauskommt, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, auch nicht wann. Am Schluss ist es immer noch eine Geldfrage. Spätestens im September fangen wir mit dem Budget an und dann müssen wir schauen, was Platz hat, was können wir machen und auch umsetzen. Aber so konkret sind wir noch nicht unterwegs, dass wir es jetzt schon beantworten können.

Rebecca Moldovanyi: Uns ist aufgefallen, dass die Fröschi-Unterführung nicht mehr drin ist, die war bisher immer vorne drin gewesen. Ist das kein Ziel mehr von Pratteln?

GR Petra Ramseier: Nein, es ist nichts aufgegeben. Wir machen jetzt zuerst die Passerelle und dann kommt die Fröschi-Unterführung.

Fortsetzung der Lesung

Legislaturziel Nr. 4 *keine Wortmeldungen*

Legislaturziel Nr. 5

Simon Käch: Hier steht, die Massnahmen der Liegenschaftsstrategie sollen umgesetzt werden. Wir lesen schon lange von dieser Liegenschaftsstrategie. Können wir davon ausgehen, dass die jetzt vorliegt? Es wäre für den Rat spannend, welche Massnahmen effektiv umgesetzt werden sollen. Bis wann können wir mit dieser Liegenschaftsstrategie rechnen beziehungsweise wann sehen wir diese als Einwohnerrat?

Dieter Stohler: Ich schliesse mich der Frage von Simon Käch an. Insgesamt ist für uns das Legislaturziel Nr. 5 schon ein bisschen dürftig ausgefallen. Es wird von einer transparenten Finanz- und Investitionsplanung geschrieben. Das tönt einfach gut. Die Realität sieht bisher anders aus. Wir haben die Wünsche von vielen Bevölkerungs- und Interessensgruppen zusammengetragen und dann situativ in Einzelprojekten im Einwohnerrat vorgelegt. Auch heute haben wir eine solche Vorlage auf dem Tisch. Das ist juristisch völlig korrekt, aber es ist für mich keine Gesamtplanung. Zu einer Gesamtplanung gehört eben auch eine transparente Verzichtsplanung. Also, was machen wir nicht oder was machen wir allenfalls später. Da gehört auch die Priorisierung rein, das wünschbare vom machbaren zu trennen. Bekanntlich läuft Pratteln finanziell ziemlich am Limit. Unsere Schulden entwickeln sich nur in eine Richtung. Darum ist das eine höchst anspruchsvolle Aufgabe des Gemeinderats und hat ein bisschen ein ausgedehntes oder besser formuliertes Legislaturziel Nr. 5 verdient. Die anderen vielen aufgelisteten Legislaturziele und mit den entsprechenden Massnahmen sind bekanntlich nicht

umsetzbar, wenn nicht auch die Finanzierung im Voraus geregelt ist. Prätteln ist eine wachsende Gemeinde, da wachsen die Ausgaben und Einnahmen. Aber die Frage ist: Gibt es ein Ziel und Grenzen des Wachstums? Diesbezüglich hätten wir es einfach begrüßt, wenn im Ziel Nr. 5 etwas konkretere Massaussagen gemacht würden und damit etwas mehr Fleisch am Knochen wäre. Wir erwarten jetzt von der aufgelisteten Mittelfristplanung mit Projekten und Investitionen gute Antworten.

GR Silvia Lerch: Vielen Dank für eure Fragen. Ich kann vielleicht nicht ganz alles umfangreich beantworten, weil es einfach gar noch nicht so weit ist. Es ist nicht so, dass die Liegenschaftsstrategie beendet respektive die Umsetzung erfolgen kann. Es ist eigentlich immer noch in den Anfängen. Man hat einmal einen ersten Teil gemacht und das ist bei weitem noch nicht erledigt und fertig. Ihr werdet dann informiert, wie es weitergeht. Die Abteilung Finanzen setzt sich sehr viel mit der Abteilung Bau auseinander. Ihr könnt jetzt noch nicht in den nächsten Wochen oder in den nächsten Sitzungen mit einem Dokument rechnen. Das wird erst an einer übernächsten im Gemeinderat in einer ersten Phase vorgestellt und dann weiterbearbeitet. So bald als möglich werden wir über ein Resultat und das weitere Vorgehen informieren. Für einen kleinen Einblick: Ich kann jetzt auch nicht im Detail alles erläutern, aber man hat viel Arbeit investieren müssen für den Ist-Zustand. Es wurde alles digitalisiert und dokumentiert. Viele Sachen mussten herausgesucht werden, was gehört zu welcher Liegenschaft respektive zu welcher Parzelle. Jetzt haben wir einen guten Gesamtüberblick und mit dem können wir weiterarbeiten. Das ist der aktuelle Stand.

Dann haben wir auch geplant. Mit der weitsichtigen finanziellen stabilen Lage ist für uns eigentlich wichtig, dass wir über mehrere Jahre ein ausgeglichenes Budget respektive ausgeglichene Rechnung haben werden. Wir haben im Moment sehr viele Investitionen. Auch haben wir viele Altlasten, welche wir aufholen müssen, vor allem im Sanierungsbereich bei den Schulhäusern. Viele Sachen können wir nicht mehr aufschieben und dafür brauchen wir Geld. Wir werden einige Jahre haben, wo es vielleicht nicht ganz auf null reicht und bei den anderen haben wir weitsichtige Ziele, dass es sich ausgleicht. Unsere Vision ist eigentlich schon, dass wir, auch wenn es eine Welle drin hat, am Schluss bei der schwarzen Null landen.

Das wäre so ein bisschen unser Ziel und bei weiteren Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Fortsetzung der Lesung

Legislaturziel Nr. 6 *keine Wortmeldungen*

Legislaturziel Nr. 7

Rebecca Moldovanyi: Wir haben die «politische Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen institutionalisieren» mit Freude entgegengenommen, das tönt gut. Gibt es da schon Ideen wie das umgesetzt werden kann? Wie wir alle wissen, tagt der Erli-Rat schon. Gibt es auch Möglichkeiten auf den Kanton Druck zu machen? Sehr schade finde ich, dass die Primarschule schon eine politische Mitwirkung kennt und die Sekundarschule dann nachher nicht mehr.

GR Rahel Graf: Es ist nichts Konkretes geplant. Es ist tatsächlich so, dass wir die zwei Schularäte Erli-Rat und Aegel-Rat im Moment in der Primarstufe haben. Einer der Punkte, welchen wir mit unserem Label «Kinderfreundliche Gemeinde» anstreben, ist die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. Wie genau das aufgeleist wird, ist noch nicht in trockenen Tüchern, aber eine Möglichkeit wäre, dass man z. B. genau die Sekundarschule auch mit einbezieht.

Kurt Lanz: Es ist noch nicht so wahnsinnig lange her, dass sich der Rat hier neu konstituiert hat nach den Einwohnerratswahlen. Ich habe eigentlich sehr bewusst, weil ich es eine tolle Sache finde, an dieser Sitzung gar nichts gesagt, sondern den Jugendlichen vom Erli-Rat und Längi-Rat das Wort gegeben. Die Kinder haben euch ihre Wünsche erzählt, was sie gerne hätten. Diejenigen, welche gut zugehört haben, haben festgestellt, dass die Kinder eigentlich sehr vernünftige Ideen haben. Darum finde ich natürlich umso mehr, dass die Räte wie auch halt die Überzeugung der Sekundarschulstufe 1 vorangetrieben werden. Die Kinder haben uns gezeigt, dass sie aktiv und bewusst mitmachen können und nicht einfach nur irgendwelche

Wünsche haben um des Wunschns willen. Darum wäre ich froh, wenn der Gemeinderat schaut, dass das vorwärtsgeht.

Billie Grether: Mich würde es noch interessieren, wie die Demokratiebildung allgemein auch noch mehr gefördert wird. Wir hören vom Erli-Rat. Ich finde das sehr gut, aber das Kind müsste noch ein bisschen geboren werden. Ich bin gespannt, wie sich das weiterentwickelt, denn das ist ganz ein wichtiger Teil.

GR Rahel Graf: Es freut mich natürlich sehr, dass das von euch so wohlwollend entgegengenommen wird. Es ist einfach leider tatsächlich noch nicht der Zeitpunkt, dass ich jetzt irgendwelche konkreten Sachen sagen kann. Aber es ist mir ein grosses Anliegen und ihr könnt sicher sein, dass ich das verfolgen werde und zum gegebenen Zeitpunkt dann informiere.

Fortsetzung der Lesung

Legislaturziel Nr. 8

Legislaturziel Nr. 9

Legislaturziel Nr. 10

Legislaturziel Nr. 11

Legislaturziel Nr. 12 *keine Wortmeldungen*

::/ Die Politische Gesamtplanung wird zur Kenntnis genommen.

10. Nr. 3457

Teilrevision des Reglements über das Bestattungswesen und den Friedhof, 1. Lesung

GR Stefan Löw: Die Grundlage dieser Revision bildet einerseits das Reglement über das Bestattungswesen des Friedhofs und der Friedhofsverordnung. Es ist noch viel geregelt in der Gebührenverordnung. Das sind die drei Dokumente, die das Friedhofswesen regeln. In der Vergangenheit hat man festgestellt, dass gewisse Anpassungen notwendig sind, z. B. im Bereich der ungepflegten Gräber, die über viele Jahre nicht weitergekommen ist und das einerseits im Reglement so geschrieben war, so dass wir auch nicht viel unternehmen konnten. Weiter sind auch die Aufzählung der Bestattungsarten im Reglement geregelt gewesen und da sind neue dazugekommen d. h. diese haben im Reglement gefehlt und man hat diese im Reglement zusätzlich ergänzt. Wenn man wieder eine neue Bestattungsart einführen will, hätten wir wiederum das Reglement verändern müssen und das wollten wir auch nicht und haben gesagt, wir nehmen das in die Verordnung hinein und können das dort jeweils anpassen. So hat es verschiedene Korrekturen gegeben. In der Vorlage ist es ersichtlich und ich bitte Sie, in der ersten Lesung das so zu genehmigen.

Patrick Weisskopf: Ich bin froh, dass das Geschäft hier vor den Rat kommt. Der Tod betrifft uns alle. Irgendwann werden wir vermutlich alle dort oben sein und darum finde ich, es ist wichtig, dass man sich ein paar Grundsatzgedanken macht, wo wollen wir mit dem Friedhof Blözen hinkommen? Die Daten, wie man begraben werden will, haben sich verändert. Es sind immer mehr Leute, die in anonyme Gräber kommen wollen oder in Gemeinschaftsgräber und wenn man über den Friedhof läuft, stellt man doch fest, es hat immer weniger Grabfelder, die da sind. Wie gepflegt soll ein Friedhof aussehen? Wenn man in andere Länder geht, hat man ein bisschen einen wilderen Friedhof im Sinn, dass es ein bisschen wilder aussehen darf und es hat ein bisschen länger lebige Grabstätten. In anderen Ländern sind es sogar ewige Grabstätten. Das können wir hier vom Platz her nicht machen. Darum sollte man sich Gedanken machen, ob es vielleicht einen Bereich gibt, welcher ein bisschen wilder sein darf und somit eher geeignet ist für Leute, dessen Verwandte nicht in Pratteln wohnen, die z. B. eine Gemeinschaftspflege haben und das Gras etwas höher wachsen darf und ein bisschen mehr Natur hat. Das Grab ist dann mehr in der Natur drin im Vergleich zu den traditionellen Gräbern. Ich glaube wir sind auch auf diesem Weg.

Von der Grabstätte bin ich persönlich der Meinung, dass man das aufzählen lassen soll. Das schliesst nämlich nicht aus, dass man verschiedene Grabfelder machen kann, wo dann die Leute in Reihen bestattet sind oder in einer Grabwand drin. Eine Reihe muss nicht unbedingt heissen, dass alles in der Sequenz sein muss, weil die Leute gestorben sind. Es kann ja auch Felder geben, die z. B. nach Religionen in der Reihe sind, wenn man nicht alle gemeinsam haben will. Das andere, sind die Gebühren und Kosten. Auf der Homepage wird aufgezählt, welche Leistungen von der Gemeinde sind und übernommen werden von den Verstorbenen. Da hätte ich gerne ein bisschen mehr Auskunft zu diesen beiden Themen. Wo will der Gemeinderat hin mit dem Friedhof und wie sieht er das mit den Gebühren, weil man ja an diesen beiden Sachen runterschrauben möchte. Das sind wichtige Eckpunkt die wir wissen sollten und wo es hingeht.

Silvio Fareri: Die Fraktion Die Mitte/EVP begrüßt die Änderungen, die in dieser Teilrevision angestossen werden, gerade im § 15, so wie er neu vorgeschlagen wird, lässt einen enorm grossen Handlungsspielraum offen was Gestaltung oder Anschaffung von neuen Grabarten anbelangt. Ich arbeite im Bestattungswesen im Kanton Baselstadt und ich weiss, es gibt eine enorme Vielzahl an neuen Grabarten die entstehen und darum finde ich diesen Paragraphen, so wie vorgeschlagen, äusserst sinnvoll. So diskutieren wir nicht im Jahresrhythmus über irgendwelche neuen Grabarten. Wir werden noch Fragen haben, die werden wir dann aber explizit in der Lesung stellen und danken dem Gemeinderat für die Vorlage.

Josef Bachmann: Wir haben das in der SVP angeschaut und das Reglement befürwortet. Wir finden, es ist ganz im heutigen Sinn ausgearbeitet. Vorher wurde etwas angetönt von verschiedenen Gräbern. Ganz früher, nicht in Pratteln aber in anderen Dörfern, sind Protestanten prinzipiell nicht auf dem gleichen Friedhof beerdigt worden wie Katholiken oder anders Gläubige und denkt daran, wir wollen das nicht.

Lesung

§ 15 Grabstätten

Patrick Weisskopf: Im § 15 geht es ja um die verschiedenen Grabstätten, die aufgezählt sind. Da würde ich einfach gerne vom Gemeinderat wissen, was es alles für neue Arten von Grabformen gibt, damit man mal sieht, warum das nicht passen würde und da würde ich dann den Antrag stellen, dass man das bisherige Recht beibehält und auch die Form ergänzen, weil ich doch wichtig finde, dass das im Einwohnerrat diskutiert und festgelegt werden kann.

GR Stefan Löw: Genau weiss ich es jetzt nicht was alles noch frisch dazugekommen ist. Eins ist sicher, das ist der Baum- und Waldfriedhof, den man bereitgestellt hat und da kann man mit oder ohne Beschriftung begraben werden. Das ist eine neue Art, was es für weitere Veränderungen genau gegeben hat, das weiss ich nicht, aber das kann ich auf die zweite Lesung genau bekanntgegeben. Die Frage zu den Bestattungsarten: Die Grabfelder und jedes Grab und jede Beisetzung wird eigentlich vermessen. Das ist auch bei den anonymen Gräbern so. Wenn die Urnen eingelassen werden, auch beim Baum-Friedhof, wissen wir eigentlich genau, wo jede Person beigesetzt worden ist. Es ist alles klar geregelt, also können wir nicht einfach auf einem freien Feld Bestattungen machen. Falls es verschiedene Arten auf einem Feld gibt, auch dann müsste stark strukturiert sein. Es müssten dann auch Felder sein, wo die «Ruhezeit» dann eigentlich unbeschränkt wäre. Wenn die beschränkt ist, dann müssten wir natürlich eine Anfangs- und Endzeit haben von dem Feld.

Die Tendenz ist, dass wir eher kleinere Felder machen, weil Erdbestattungen rückläufig sind. Es gibt ganz verschiedene Punkte, die man jeweils berücksichtigen muss und das wird auch in der Gemeinde so vollzogen. Ganz sauber nach dem System, wie wir das machen müssen. Frische andere Bestattungsarten werden auch immer in der Friedhofskommission diskutiert und angeregt. Dann muss man schauen, wo man diese auf dem Friedhof «installieren» könnte. Dieser Friedhof ist übrigens ein einzigartiger Friedhof in der Schweiz und von Kantsseite wird er als schützenswert erachtet. Die Forderung war, dass man ihn sogar unter Schutz stellen würde. Das ist ein ganz wichtiger Ort, den wir hier in Pratteln haben und von hoher Bedeutung.

Andreas Seiler: Patrick hältst du nach der Antwort des Gemeinderats an deinem Antrag fest? Dann ist das Wort frei zum Antrag.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag von Patrick Weisskopf.

§15 Abs. 1 Gegenüberstellung der Anträge U/P und GR

Antrag U/P, Patrick Weisskopf	Antrag GR
://: Beibehaltung des bisherigen Rechts: «Für die Bestattung von Särgen und Urnen stehen auf dem Friedhof folgende Grabstätten zur Verfügung: »</td <td>://: Für die Bestattung von Särgen und Urnen stehen auf dem Friedhof Grabstätten zur Verfügung. Der Gemeinderat legt die Einzelheiten fest.</td>	://: Für die Bestattung von Särgen und Urnen stehen auf dem Friedhof Grabstätten zur Verfügung. Der Gemeinderat legt die Einzelheiten fest.
2 Ja	32 Ja
2 Enthaltungen	

Der Antrag von U/P, Patrick Weisskopf, wird abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§18 Vernachlässigte Gräber / Vorschriftswidrige Gräber keine Wortmeldungen

§ 22 Vorzeitige Grabaufhebung

Silvio Fareri: Grundsätzlich begrüsse ich die Vereinfachung der Aufhebung, was die Gräber anbelangt, aber nichtsdestotrotz wirft es eine Frage auf, warum man jetzt bei der Dauerbeplanzung davon absieht, dass man das diesen Personen in Rechnung stellt. Was heißt Dauerbeplanzung? Was würde denn dort auf dem Grabfeld darauf sein und was ist die Begründung, warum man jetzt darauf verzichtet? Grundsätzlich gibt es eine Lauffrist. Man hat ein Grab und währenddessen muss man schauen, dass das Grab gepflegt wird. Persönlich finde ich es einfach fragwürdig, wenn man es dann vorzeitig zurückgibt, so dass dann einfach die Allgemeinheit schauen darf, währenddessen die Gebeine oder die Urnen weiterhin im Boden sind.

GR Stefan Löw: Zur Frage betreffend der Abgeltung: Wenn man das machen würde, wird das in Rechnung gestellt, das wird aber nicht in der Gebührenverordnung geregelt. Das würde CHF 400 kosten. Eine dauerhafte Bepflanzung ist z. B. ein Rasen. Alles was eigentlich überwintert wird und/oder mehrjährig ist, das sind dauerhafte Bepflanzungen und in der Regel wird das auch so vollzogen. Die jetzige Begrünung wird entfernt und dann einfach Rasen gepflanzt auf dem Feld. Das Problem ist dort, dass sie trotz mehrmaliger Aufforderung, die Grabpflege nicht vollziehen. Die Grabfelder links und rechts betreiben je nach dem eine sehr intensive Pflege und die Pflanzen wachsen sogar in die anderen Grabfelder. Letztlich bedeutet das doch, dass der Friedhofsgärtner oder auch der Werkhof die Gräber pflegen, also zurückschneiden und in Ordnung halten muss. Es lässt sich einfach nicht vertreten, dass wir gar nichts machen würden. Daher müssen wir eingreifen und das kostet dann auch recht viel Geld und die ganze Administration, die man für die Grabpflege führt, die ist dermaßen hoch und führt nicht zum Ziel. Wir müssen das jetzt irgendwie vereinfachen und das ist eigentlich die Massnahme daraus mit dieser Veränderung im Reglement, sodass man nach einer gewissen Frist entscheiden kann, dass das Grabfeld mit der Dauerbepflanzung verändert wird und es entsteht eine andere Dauerbepflanzung, in dem wir nachher innert kürzester Zeit die Pflege sehr gut machen können. Dann ist das Erscheinungsbild des Friedhofs ordentlich. Das ist eigentlich der Sinn und Zweck.

Silvio Fareri: Danke an GR Stefan Löw für die Beantwortung. Grundsätzlich auch alles absolut nachvollziehbar und auch sehr im Sinn, dass dort das Erscheinungsbild vom Friedhof natürlich

entsprechend gepflegt werden soll. Nichtsdestotrotz verstehe ich trotzdem nicht, was die Ausführungen anbelangt. Absatz 1 sagt: «*Auf Wunsch der Hinterbliebenen kann ein Grab vorzeitig aufgehoben werden.*» Als Inhaber von einem Nutzungsrecht am Grab muss ich mich ja aktiv melden und sagen, ich gebe das retour. Der § 2 lautete bis anhin, dass man dann auf meine Kosten, also auf Kosten der Hinterbliebenen, die Dauerbepflanzung vorsieht. Aber jetzt nimmt ihr eigentlich eure Rechtsgrundlage dort aus dem Reglement heraus, dass ihr das zukünftig in Rechnung stellen dürft. Darum ist das für mich nicht nachvollziehbar. Dann kann man ja zumindest sagen, wenn ein Grab aufgehoben wird, dann müssen vorweg einfach sämtliche Kosten gedeckt sein und dann kann man das erst retour geben. Ansonsten finde ich es einfach schwierig ein Abwälzen auf die Allgemeinheit. Das ist laut meinem Verständnis im Moment einfach nicht drin. Darum würde ich den Antrag stellen, dass man den § 22 Abs. 2 so belässt, wie es ursprünglich im Reglement drinstehrt.

Andreas Seiler: Also es ist ein Antrag vom Silvio Fareri zurück zur alten Version vom Abs. 2 vom § 22. Wir reden jetzt über den Antrag.

Mauro Pavan: So wie ich GR Stefan Löw vorher verstanden habe, ist es so, dass die Gebühren in der Gebührenordnung geregelt sind wie alle anderen Gebühren auch. Darum sind sie auch nicht mehr im Reglement separat aufgeführt. Darum bitte ich, den Antrag abzulehnen. Ich persönlich finde es völlig richtig, wenn jemand das Grab vorzeitig aufheben lassen möchte, dass es dann auch nicht weitere Gebühren zur Folge hat. Das vielleicht entgegen der Meinung von Silvio Fareri, aber es dient gar nicht der Sache, weil wir nicht über die Gebührenordnung da drin abstimmen, sondern über das Reglement. In diesem sind eben die Gebühren nicht mehr Teil davon. Darum ist der Antrag abzulehnen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung über den Antrag von Silvio Fareri.

§ 22 Abs. 2 Gegenüberstellung der Anträge Die Mitte und GR

Antrag Die Mitte, Silvio Fareri	Antrag GR
://: wie bisher: «Das aufgehobene Grab ist auf Kosten der Hinterbliebenen bis zur turnusgemässen Aufhebung mit einer Dauerbepflanzung zu versehen.»	://: Das aufgehobene Grab wird mit einer Dauerbepflanzung versehen.
13 Ja	23 Ja

Der Antrag von Der Mitte, Silvio Fareri, wird abgelehnt.

Dieter Stohler: Ich weiss, ich komme jetzt ein bisschen spät mit dieser Frage, aber es interessiert mich trotzdem im Sinne vom Rechtsverständnis. Hat jetzt der Gemeinderat vor, für das eine Gebühr in die Gebührenverordnung hineinzunehmen oder nicht? Das wäre für uns jetzt noch spannend zu hören. Für Mauro Pavan wäre es selbstverständlich und ich würde es begrüssen, wenn eine Gebühr vorgesehen wäre.

GR Stefan Löw: Die Hinterbliebenen werden angeschrieben und darauf hingewiesen, dass innert der Frist das Grab nicht gepflegt wird, das Grab aufgehoben wird und entsprechend der Gebührenverordnung CHF 400 erhoben werden. Wenn sie es dann nicht zahlen oder nicht zahlen können, ist es eine andere Sache, dann läuft natürlich das ganze weitere Prozedere ab. Unabhängig davon ob sie es zahlen oder nicht, müssen wir das Grab sowieso aufheben, weil sie so ungepflegt sind, dass es nicht vertretbar gegenüber den anderen Gräbern nebenan ist, gar nichts zu unternehmen. Man hat die Erfahrung gemacht, dass nicht alles mit Geld oder Gesetz geregelt werden kann. Es gibt dann einfach gewisse Sachen, die müsst ihr einfach machen gegenüber der Mehrheit, die eigentlich alles korrekt und sauber macht. Man bemüht sich natürlich, diejenigen, die sich halt nicht daranhalten, «abzuholen». In der Vergangenheit

hat das nicht immer geklappt. Ich bin jetzt seit 13 Jahren in der Friedhofskommission. Wir haben es trotz vielen Versuchen nicht geschafft, dass wir eine Ordnung hinbekommen und die Verfehlungen wirklich so handhaben können. Wir probieren es jetzt mit dieser Regelung, die wir hier vorstellen. Damit sind wir hier flexibler und schneller und es sind nicht riesige Beträge, nicht grosse Sachen, die wir hier machen. Die Urnengräber und Erdbestattungen gehen dermassen zurück, dass es eine starke Reduktion geben wird in den nächsten Jahren und von dem her gesehen, ist die finanzielle Auswirkung nicht von grosser Bedeutung.

Mauro Pavan: Also meine Verwirrung nimmt jetzt zu. Ich habe den Eindruck, GR Stefan Löw redet über den § 18 wovon wir es gerade gar nicht gehabt haben. Wir reden vom § 22, in dem es um die freiwillige und die vorzeitige Aufhebung geht auf Wunsch der Angehörigen und das müsste aus meiner Sicht ja möglich sein im Sinne von einer vorzeitigen Kündigung. Das ist in der Gebührenverordnung zu regeln, in dem der Gemeinderat dafür zuständig ist, aber dann sollte das aus meiner Sicht eben auch gebührenfrei sein. Warum sollte ich als Angehöriger sonst das Grab vorzeitig aufheben lassen wollen, wenn ich persönlich freiwillig als Angehöriger von meinem Verstorbenen weder dafür zuständig sein muss, noch dafür zahlen muss. Von den vernachlässigten Gräbern hatten wir es überhaupt nicht gehabt und dort hat es auch keinen Antrag dazu gegeben.

GR Stefan Löw: Das ist gar nicht in Frage gestellt, dass der Antrag nicht gestellt werden kann. Die Hinterbliebenen machen ein schriftliches Gesuch, dass sie das Grabfeld aufheben wollen. Das Gesuch geht an die Friedhofskommission und wird dort behandelt. Wenn der/die Abteilungsleitende und der zuständige Gemeinderat dem Antrag zustimmen können und dann kann man das Grabfeld aufheben. Was wir nicht zustimmen, ist, wenn man den Grabstein schon vor Ablauf der Ruhezeit wegnimmt. Nein, das ist selbstverständlich, das wurde überhaupt nicht in Frage gestellt.

Patrick Weisskopf: Im Antrag von Silvio Fareri ist es ganz klar, es steht im Gesetz drin, wie geregelt und somit ist es ganz anders anfechtbar, wie wenn es nur in einer Gebührenordnung geregelt ist. Da es im Gesetz so festgehalten wird, also mit einer dauerhaften Begrünung versehen, kann sich jemand relativ schnell herausreden und behaupten, die Aufhebung freiwillig machen zu können, denn das würde ja keine Folgen haben, weil die Gebührenordnung sicher nicht auf das Recht abstützen kann. Das ist vielleicht etwas, was sich der Rechtsdienst noch fragen und das nächste Mal beantworten kann, ob es so sicher und wasserfest ist.

Didier Pfirter: Das Gleichbehandlungsprinzip heisst Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Wenn jetzt jemand sein Grab vernachlässigt und dann bekommt er einen Brief, falls er es nicht aufhebt, würde es die Gemeinde machen, was eigentlich Gebühren kostet. Dann kann er einfach sagen, man solle die Aufhebung machen und es würde denjenigen nichts kosten. Das ist ja eigentlich ein Witz. Die Gemeinde hat die Zusatzkosten, ob jetzt das Grab aufgehoben wird, weil das Grab nicht mehr gepflegt wird oder quasi gezwungenermaßen aufgehoben wird. Darum geht es eigentlich ums Verursacherprinzip. Man verursacht der Gemeinde Kosten, indem man das Grab, sei es freiwillig aufheben lässt oder es einfach vernachlässigt, und man hat ja trotzdem einen Vorteil, weil man es dann nicht noch 20 Jahre pflegen muss und jedes Jahr neue Blumen kaufen und weiß nicht was, sondern man zahlt eine einmalige Gebühr, damit die Gemeinde es räumt etc. und dann hat man Ruhe. Der Ansporn, das Grab freiwillig aufzuheben bleibt meines Erachtens bestehen.

Fortsetzung der Lesung

§ 24 Grabstättengebühren

Patrick Weisskopf: Ich habe eine Verständnisfrage dazu: Es geht ja darum, dass man beim § 24 Absatz 2 mehr oder weniger die Gebührendekoration abschaffen möchte mit der Grabstättengebühr von maximal CHF 750 für in Pratteln wohnhafte Personen. Was kostet heute eigentlich eine Bestattung? Wie weit sind wir hier mit dieser Gebührendekoration weg? Wie sieht es mit den Leistungen aus, die auf der Homepage sind? Sind diese Leistungen in diesen

Gebühren drin? Die Aufbahrung des Leichnams, Benutzung der Abdankungskapelle, Bestattung und Beisetzung auf dem Friedhof Blözen oder im Gemeinschaftsgrab ohne Beschriftung, die Schliessplatte ohne Gravur, die provisorische Beschriftung der Grabstätte. Sind diese Leistungen mit der Gebühr abgedeckt?

GR Stefan Löw: Die jetzige Zahl im Reglement ist CHF 750. Wir haben jetzt in der Gebührenverordnung einen höheren Ansatz, etwa CHF 800 für Sarg und Urnen. Für ein Reihengrab wäre es CHF 400. Diese Beträge verändern sich natürlich je nachdem und darum erachten wir es als nicht sinnvoll, wenn in einem Reglement die Zahl drin ist. Was genau in diesem Betrag im Detail alles abgegolten ist, das kann ich jetzt nicht beantworten. Wenn der Angehörige des Verstorbenen zum Bestattungsamt kommt, wird genau aufgezählt was für Gebühren anfallen. Sie werden über den Ablauf orientiert und entsprechend dem wird sich dann auch die Gebühr zusammensetzen. In einem konkreten Fall kannst du das sicher auch bei mir oder auf der Verwaltung genau nachfragen und du erhältst eine saubere Auskunft.

Die erste Lesung ist abgeschlossen.

11. Nr. 3479

Revision Statuten Zweckverband Versorgungsregion Rheintal, 1. Lesung

GR Marcial Darnuzer: Die APG Rheintal ist im Kanton Baselland sehr gut aufgestellt. So z. B. haben wir als Versorgungsregion in Muttenz und in Birsfelden Fachstellen für Altersfragen geschaffen. In Pratteln haben wir diese mit Daniela Berger schon relativ lange. Es hat sich auch gezeigt, dass das ein grosser Bedarf von der älteren Bevölkerung ist und sie auch rege genutzt wird. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei den Fachstellenleiterinnen für Altersfragen für die immense Arbeit bedanken. Jetzt zur Vorlage: Wie ihr aus der Vorlage zur Revision der Statuten entnehmen könnt, geht es im Wesentlichen um die Kompetenz, Verfügungen als Zweckverband zu erlassen, ohne dass die einzelnen Gemeinden respektive die Gemeinderäte der Versorgungsregion, dies zusätzlich noch absegnen müssen oder dürfen. Wie auch aus der Vorlage heraus geht, ist das z. B. die Verfügung über die Restkosten von den Pflegekosten in den Pflegeheimen. Der Bund legt die Kostenbeteiligung für die Bewohnenden sowie für die Krankenkasse fest. Der Restbetrag, der übrig bleibt, darf neu die Versorgungsregion festlegen und verfügen, selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den Heimen. Die restlichen Änderungen in den Statuten sind hauptsächlich redaktionell. Ich danke im Namen des Gemeinderats für die Zustimmung zur Revision der Statuten im Zweckverband Versorgungsregion Rheintal.

Rebecca Moldovanyi: Danke für die Erläuterungen. Wir haben verstanden, dass einige Änderungen rechtlich einfach notwendig sind und dadurch gar nicht in Frage gestellt. Ebenfalls ist es sicher sinnvoll, wenn man schon eine Revision macht, redaktionelle Änderungen gerade vorzunehmen. Es hat aber ein ganzes Bündel an inhaltlichen Änderungen und ich frage jetzt einfach mal global und nicht bei den einzelnen. Was für Auswirkungen werden Bewohnende von Alters- und Pflegeheimen spüren?

Reto Ramstein: Ich möchte mich für den übersichtlichen und ausführlichen Bericht bedanken. Es ist eine wahre Freude, wenn man sieht, was sich geändert hat und das auch farblich dargestellt ist. Da es vom Bundesgesetz übergeordnet ist, stehen wir von der SVP dahinter und stimmen dem zu.

Susanne Puppato-Ochsner: Besten Dank für den ausführlichen Bericht. Wir unterstützen diesen auch.

GR Marcial Darnuzer: Mir ist keine Änderung bekannt für die Bewohnenden von Alters- und Pflegeheimen. Das ist auch nicht das Ziel und die Idee von dieser Revision. Es geht effektiv hauptsächlich um die Verfügungen, damit nicht die ganzen Gemeinderäte immer wieder über die Pflegerestkosten diskutieren müssen, wie Muttenz über die Pflegerestkosten von Pratteln

und umgekehrt. Es soll Sache der Gemeinderäte sein, die in dieser Versorgungsregion Einsatz haben.

Lesung

Beteiligte Gemeinden, Name, Rechtsgrundlagen, Dauer, Sitz, Zweck und Mitgliedschaft

§ 1 Beteiligte Gemeinden, Name Rechtsgrundlagen

§ 2 Dauer, Sitz

§ 3 Verbandszweck

§ 4 Mitgliedschaft

Organe des Zweckverbands

§ 5 Organe

Delegiertenversammlung

§ 6 Delegierte, Stimmrecht, Zahl der Mitglieder und Dauer Amtsperiode

§ 7 Stellvertretung

§ 8 Konstituierung

§ 9 Einberufung

§ 10 Beschlussfassung

§ 11 Zuständigkeiten und Aufgaben

§ 12 Zuständigkeiten und Aufgaben

Vorstand

§ 13 Zusammensetzung

§ 14 Zuständigkeiten und Aufgaben

Kurt Lanz: Inhaltlich gibt es keine Fragen aber die Titel von §§ 11, 12 und 14 sind dasselbe. Ich bin der Meinung, dass die Paragraphen eigentlich unterschiedliche Titel haben müssten. Man kann es auf die 2. Lesung korrigieren, was die Aufgaben vom § 11 und 12 und 14 sind. Das dünkt mich ein bisschen komisch, wenn wir verschiedene Paragraphen haben, die genau gleich heissen.

Dieter Stohler: Ich möchte das Einwohnerratsbüro fragen, was Gültigkeit hat. Auf der Traktandenliste steht 1. Lesung auf der Vorlage steht nichts von einer 1. Lesung und im Einwohnerratsreglement, das alle auswendig kennen oder vor sich haben, heisst es dort, «alle Anträge zu Reglementen und zu Änderungen der Gemeindeordnung werden mindestens zweimal beraten». Vorliegend haben wir es weder mit der Gemeindeordnung noch mit einem Reglement zu tun. Ich frage, wieso das Einwohnerrat das Büro der Meinung ist, dass es eine 2. Lesung dazu braucht.

Andreas Seiler: Das ist im Einwohnerratsbüro nicht besprochen worden. Wir haben das so angenommen, wie wir es jetzt gemacht haben. Es ist so, dass Statuten auch vom Umfang her einen Status von einem Reglement haben.

Darum ist es eigentlich bei uns nicht Frage gewesen, dass wir es jetzt nicht so behandeln. Stellst du jetzt einen konkreten Antrag, dass man keine zweite Lesung macht? Es gab vorher noch eine Bemerkung, dass man etwas vom Gemeinderat auf die zweite Lesung noch abklären müsste. Stellst du den Antrag auf Verzicht auf die 2. Lesung? Gibt es Wortmeldungen zum Antrag?

Mauro Pavan: Ich sehe das so wie mein Fraktionskollege Kurt Lanz. Ich würde darum bitten, den Antrag abzulehnen. Insbesondere weil er die Frage gestellt hat bezüglich der Inkonsistenz in diesen Statuten, macht das tatsächlich keinen Sinn. Da es verschiedene Organe gibt, hat es mehrere Paragraphen die «Zuständigkeiten und Aufgaben» heissen aber in den §§ 11, 12 und 13 geht es um das gleiche Organ und das macht keinen Sinn. Die müsste man zusammenfassen. Also braucht es eine Änderung.

Darum bitte ich ausdrücklich, den Antrag auf Verzicht auf die zweite Lesung abzulehnen und würde dem Gemeinderat gerne den Auftrag geben, die Inkonsistenz dort zu beseitigen, dass wir das in der zweiten Lesung nachher sauber abschliessen können.

GR Marcial Darnuzer: Ich unterstütze den Antrag auf eine Lesung und Verzicht auf 2. Lesung. Betreffend die Reglementsänderungen haben die Gemeindeversammlungen Muttenz, Birsfelden, Augst und Giebenach dieser Statutenrevision bereits zugestimmt, wie sie in der Vorlage auch gesehen haben. Zu den Paragraphen hat es immer ein Titel und dann kommen die ganzen Paragraphen. Ich wüsste jetzt ehrlich gesagt nicht und müsste es auf die zweite Lesung zuerst abklären, ob wir die Statutenrevision überhaupt noch ändern können. Dann müsste das bei den anderen Gemeinden auch nochmal durchgehen und anhand von diesen Titeln ist es für mich eigentlich relativ klar. Ich würde also den Antrag vom Dieter Stohler sehr begrüssen, wenn wir das mit der ersten Lesung beenden könnten.

Mauro Pavan: Sorry Marcial Darnuzer, aber das ist falsch. Klar es hat Titel z. B. vor dem § 6 hat es den Titel Delegiertenversammlung und nachher kommen alle folgenden Paragraphen. Bis der nächste Titel folgt, geht es um die Delegiertenversammlung und dann geht es dort selbstverständlich darum, wenn es um die Stellvertretung geht im § 7 und um die Stellvertretung in der Delegiertenversammlung und wenn es um Zuständigkeiten und Aufgaben geht von der Delegiertenversammlung geht es im § 11 Zuständigkeiten und Aufgaben der Delegiertenversammlung, wie es z. B. im § 14 um Zuständigkeiten und Aufgaben vom Vorstand ginge, weil vorher der Titel Vorstand kommt. Aber was ist mit dem § 12? Da gibt es vorher keinen neuen Titel. Dort geht es genauso um die Zuständigkeit und die Aufgaben der Delegiertenversammlung wie im § 11 auch und wenn das Muttenz und Birsfelden nicht gemerkt hat, dann ist das ihr Problem, aber so «verhebt» das einfach nicht. Das ist absurd. Dieses Reglement kann man so nicht hinterlassen und darum braucht es eine zweite Lesung und das muss bereinigt werden. Dann müssen es nachher die anderen Gemeinden auch bereinigen, ganz einfach.

Urs Schneider: Lieber Gemeinderat Darnuzer, jetzt hattest du so eine Freude, dass du heute hier nach vorne durftest um etwas zu sagen. Wir machen dir jetzt wirklich den Gefallen, dass du nächstes Mal nochmal etwas sagen darfst. Die Diskussion hat es gezeigt. Es ist im Moment sehr verwirrend, darum bitte nicht auf eine zweite Lesung verzichten.

Andreas Seiler: Es ist ein Antrag da auf den Verzicht auf eine zweite Lesung. Wir haben ja mit der Einladung zu dieser Einwohnerratssitzung die Traktanden erhalten, es steht drauf erste Lesung, das heisst die Ratsmitglieder hätten natürlich davon ausgehen können, dass es eine zweite Lesung gibt, unabhängig davon, ob jetzt das als Reglement gilt oder nicht. Wir stimmen über den Antrag vom Dieter Stohler ab. Der Verzicht auf eine zweite Lesung braucht das 2/3 Mehr und wir sind jetzt 36 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte das 2/3 Mehr wäre 24.

Abstimmung über den Antrag, FDP, Dieter Stohler, Verzicht auf 2. Lesung

::: Der Antrag wird mit 30 Nein- zu 5 Ja-Stimmen mit 1 Enthaltung abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§ 15 Beschlussfassung

Rechnungsprüfungskommission

§ 16 Zuständigkeiten und Aufgaben

Informations- und Beratungsstelle

§ 17 Aufgaben

Finanzierung und Kostenverteilung

§ 18 Finanzierung

- § 19 Rechnungsjahr, Budget, Jahresrechnung**
- § 20 Investitionen**
- § 21 Kostenvorschuss**
- § 22 Haftung**
- § 23 Austritt einer Verbandsgemeinde**
- § 24 Auflösung des Zweckverbands**
- § 25 Inkraftsetzung keine Wortmeldungen**

Die erste Lesung ist abgeschlossen

Es sind jetzt 35 Personen anwesend, das einfache Mehr beträgt 18, $\frac{2}{3}$ Mehr beträgt 24 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 27 Stimmen.

12. Nr. 531

Fragestunde

Frage 1

Krähenplage im Längi-Quartier – weitere Massnahmen?

Silvio Fareri, Die Mitte-EVP

GR Petra Ramseier: *Frage 1: Wie schätzt der Gemeinderat die Wirksamkeit der Massnahmen ein?* Die Massnahmen die der Werkhof im Januar ergriffen hat, sind Baumrückschnitte gewesen und das Entfernen der Nester. Das hat kurz gewirkt und dann nicht mehr. Ein paar Wochen später haben die Krähen bereits neue Nester gebaut und sich wieder angesiedelt. Die Gemeinde selber kann nur auf die Bäume Einfluss nehmen, die an der Weilerstrasse draussen sind, die sind im Gemeindebesitz. Die anderen Bäume sind auf dem Land von Hauseigentümern. Die Gemeinde ist auf die Verwaltungen und auf die Eigentumschaften von diesen Liegenschaften zugegangen und darum gebeten, auch auf ihren Bäumen Massnahmen zu ergreifen. Das hat leider nicht stattgefunden. Bei einem erneuten Versuch müsste alles besser koordiniert werden.

Frage 2: Welche weiteren Massnahmen will der Gemeinderat ergreifen? Das sind wir am Abklären. Es ist schwierig, wirklich nachhaltige Massnahmen überhaupt zu finden und diese dann auch so umzusetzen, dass sie langfristig wirken. Wenn man ein bisschen googelt mit Saat, Krähen und Städte, dann findet man eine ganze Liste von Sachen die man ausprobieren kann. Am Schluss heisst es dann immer, das hat vielleicht da und dort kurz gewirkt, aber dann nicht mehr. Wir haben diverse Fachstellen kontaktiert: Es gibt optische und akustische Mittel, die kurz Wirkung zeigen, aber es gibt eigentlich praktisch nichts, was wirklich langfristig wirkt. Wir werden das Gespräch mit den Quartierbewohnern suchen betreffend Entsorgung von Hauskehricht. Auch werden wir auf die Liegenschaftsverwaltung nochmals zugehen. Das Littering-Problem wird auch in anderen Quartieren angesprochen.

Frage 3: Wann ist der geeignete Zeitpunkt dafür? Die nächste Möglichkeit ist nach Beendigung der Brut- und Setzzeit am 31. Juli. Ab August könnte man wieder Massnahmen ergreifen. Aber wir müssen jetzt wirklich einmal zusammenstellen. Was gibt es, was kostet wie viel und was wirkt gut. Ich kann jetzt noch keine Prognose machen, was wir machen werden und ich kann auch leider nicht versprechen, dass das langfristig erfolgreich ist.

Frage 2

ESC und andere Grossveranstaltungen, Verkehrsregelung / Parkierungsregime

Dominique Häring, Die Mitte

GR Stefan Löw: *Frage 1: Verschärft die Gemeinde Pratteln die Kontrollen (so wie in Muttenz)?* Die Park- und allgemeinen Kontrollen werden während diesen Event-Tagen hochgefahren. Das bedeutet, dass an diesen drei Abenden die Gemeindepolizei präsent ist und Patrouillen in

der Gemeinde unterwegs sind und dementsprechend auch Park-Kontrollen durchführen werden.

Frage 2: Erlässt Pratteln sogenannte Sperrzonen (wie in Muttenz), die nur Anwohner befahren dürfen? Nein, das werden wir hier in Pratteln nicht machen. Denn Muttenz macht das vor allem analog den FCB-Spielen und werden das während dem ESC vollziehen. In den entsprechenden Quartieren werden sie die Sperrzone so einrichten wie sie das auch sonst machen.

Frage 3: Schafft die Gemeinde mögliche Parkzonen für Anreisende in Randgebieten mit Anschluss an den ÖV (z. B. im Office World, Salina Raurica)? Nein, auch das können wir insofern nicht machen, weil die Flächen nicht der Gemeinde gehören und wir darüber auch nicht verfügen können.

Frage 4: Hat Pratteln einen Notfallplan bei einem Verkehrschaos? Es ist sehr schwierig einzuschätzen, wo es ein Verkehrschaos geben könnte. Grundsätzlich können wir auch nicht verhindern, dass einige Personenfahrzeuge in Pratteln abgestellt werden, um dann per ÖV in die Stadt zu gehen. Aber deswegen alle Quartiere zu sperren, erachten wir nicht als zielführend. Wir werden Patrouillen machen und schauen, welche Massnahmen nötig sind.

Frage 5: Ist die Gemeinde Pratteln auch für den nächsten grossen Event, der Frauen Fussball EM vom 2. bis 27. Juli gerüstet? Bis jetzt hatten wir noch keine Anfragen für spezielle Öffnungszeiten, Verlängerungen, Public Viewing oder andere Sachen. Darum werden wir auch für diesen Event keine speziellen Massnahmen ergreifen.

Frage 3

Akustik in der Friedhofskapelle/Abdankungshalle

Eva Keller-Gachnang, SP

GR Stefan Löw: Das Thema hatten wir schon bei der Umgestaltung der Abdankungskapelle stark berücksichtigt und auch als Fokus gesetzt, dass wir die neue Akustik möglichst positiv installieren können. Leider ist das keine einfache Sache.

Frage 1: Kennt der Gemeinderat das Problem und hat dieser Kenntnis vom Schreiben des Pfarreteams? Ja, wir haben Kenntnis davon. Wir haben auch ein Schreiben in die Friedhofskommission bekommen. Wir haben es in der Friedhofskommission schon behandelt und wollen auch dementsprechend handeln.

Frage 2: Ist geplant, die Anlage durch die darauf spezialisierte Firma muribär AG in Büron prüfen zu lassen? Ja, es ist geplant, die Audioanlagen durch das muribär AG prüfen zu lassen. Das Unternehmen haben wir bereits kontaktiert und einen Termin bekommen. Es wird vor Ort eine Begehung gemacht und die Situation genau angeschaut.

Frage 3: Oder was ist das weitere Vorgehen? In einem ersten Schritt werden wir den Raum akustisch untersuchen lassen, also prüfen und analysieren. In einem weiteren Schritt werden die Audioanlage und Lautsprecher geprüft und geschaut, welches Material geeignet ist und für den weiteren Prozess funktioniert. Das grösste Problem dabei ist der Hall. Man kann die Anlage nicht einfach lauter machen. Es gibt dann zu viel Echo. Auch die Ästhetik ist natürlich ein Thema dort. Nicht alles lässt sich umsetzen.

Frage 4

Wie ist der Stand der neuen Passerelle?

Dieter Stohler, FDP

GR Petra Ramseier: Ich möchte zuerst ein bisschen ausholen. Aufgrund des sehr schlechten Zustands der Passerelle, musste die SBB diese in einer Blitzaktion im 2023 zurückbauen. Damit der Unterbruch der Gleisquerung an diesen Ort so kurz wie möglich bleibt, hat die Gemeinde beabsichtigt, die Realisierung der Passerelle zügig anzufangen. Die Planung der neuen Passerelle hat sich jetzt als komplizierter erwiesen, weil die Rahmenbedingungen viel komplexer sind als man ursprünglich angenommen hat. Das sind vor allem angepasste Eisenbahnnormen und höhere Sicherheitsstandards. Die Entwicklung ist tatsächlich in der letzten Zeit rasant gewesen. Die Diskrepanz zwischen der Aussage von Urs Hess und dem heutigen Zustand besteht tatsächlich aufgrund von Entwicklungen, welche in der letzten Zeit stattgefunden haben.

Frage 1: Wie ist die aktuelle Zeitplanung bezüglich Realisierung der neuen Passerelle? Das Projektdossier sollte bis Mitte Jahr bei der SBB und beim Kanton zur Prüfung und zur Genehmigung eingereicht werden. Wenn die Erteilung der Bewilligung kommt, werden wir vor Ende Jahr mit den ersten Arbeiten anfangen.

Frage 2: Wann rechnet der Gemeinderat mit der Inbetriebnahme der Passerelle durch die Bevölkerung? Das wird in der zweiten Hälfte 2027 sein. Für das Bauen und das Montieren der neuen Teile der Passerellen unmittelbar neben und über den Gleisen muss die SBB Intervalle reservieren, also Gleissperrungen. Diese stehen uns in zwei Phasen im 2027 zur Verfügung.

Frage 3: Ist die Mitfinanzierung durch Dritte für dieses Projekt nach wie vor gesichert? Die Mitfinanzierung durch die SBB ist vertraglich gesichert. Das ist zeitlich unabhängig. Für die Kostenbeteiligung des Bundes aus dem Topf der Agglomerationsprogramme ist die Bedingung, dass es im 2025 zu einem Baustart kommt, also der Spatenstich für die Passerelle stattfindet. Bei der Beratung des AFP in der Dezembersitzung habe ich auf den Spatenstich angespielt, dass er im 2025 noch stattfinden wird. Daran halten wir im Moment auch fest.

Die Fragen sind beantwortet.

13. Nr. 3487

Teilrevision FEB-Reglement und Nachtragskredit CHF 85'000 für die Finanzierung eines Sockelbeitrages 2025 für Kindertagesstätten, 1. Lesung

GR Rahel Graf: Die Kita-Reform in Baselstadt ist seit dem 1. August 2024 eine Realität. Die Löhne in der Stadt sind höher, die Arbeitsbedingungen sind besser. Im Baselbiet hinken wir hinterher. Am 1. Juni 2021 wurde die nichtformulierte Initiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien» eingereicht. Über 3'000 Unterschriften für die Initiative sind notabene an einem einzigen Tag gesammelt worden, nötig gewesen wären 1'500. Die Forderung nach Unterstützung für Kitaplätze hat also eine breite Abstützung in der Bevölkerung. Der Landrat hat daraufhin den Regierungsrat beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Der Regierungsrat hat die Frist für die Ausarbeitung bis zum 2. August 2025 verlängern lassen, also um zwei Jahre. Die Abstimmung ist für den Sommer 2026 geplant, das heisst vor 2027 wird keine Gesetzesänderung zu erwarten sein. Diesen Stillstand haben wir in Pratteln schon zu spüren bekommen. Im 2024 musste die Kita «Gumpi» schliessen und das «Käferhuus» wurde von einem grossen Player übernommen. Für ein kleines KMU eine Kita zu führen, ist einfach nicht rentabel. Wenn wir tatenlos bleiben, könnten weitere Kitas schliessen. Die Fachkräfte wandern nach Basel ab und unsere Kitas haben Mühe, ihr Personal zu behalten oder neues zu finden. Ohne wettbewerbsfähige Löhne, haben die Kitas im Baselbiet schlechte Chancen auf gut qualifiziertes Personal. Familienfreundlichkeit soll kein Lippenbekenntnis sein. Die Perspektive 3 von unserer politischen Gesamtplanung heisst: *Pratteln ist eine «kinderfreundliche Gemeinde» und bietet zeitgemäss Schulen und Betreuungsangebote, welche Kindern und Jugendlichen ein gutes Fundament für ihre Zukunft schaffen. Die Eltern werden bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt.* Im Legislaturziel 7 haben wir uns Folgendes auf die Fahne geschrieben: *Wir fördern Kinder und Familienfreundlichkeit und bauen bedarfsgerechte Tagesstrukturen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter aus.* Bei dieser Vorlage geht es nicht um den Ausbau, es geht um den Erhalt von bestehenden Strukturen. Kitas sind kein Luxus. Sie sind essenzielle Infrastruktur für eine moderne, arbeitende Gesellschaft. Wenn Betreuungsplätze wegbrechen, stehen Familien vor einem Scherbenhaufen. Wer die Kinderbetreuung weg spart, kaputt spart, gefährdet die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit die wirtschaftliche und soziale Stabilität unserer Gemeinde. Andere Gemeinden haben schon reagiert bspw. Sissach, Muttenz, und Gemeinden im Leimental. Sie alle haben die Beiträge angepasst. Pratteln muss zu seinen Kitas stehen und darf sie nicht im Stich lassen. Die Unterstützung, welche wir angedacht haben, ist bewusst temporär, bis im 2027 die kantone Lösung hoffentlich greift. Dann kann die Gemeinde die Beträge wieder anpassen. Es geht nicht um eine Dauerlösung, sondern um eine dringend notwendige Brücke. Wer jetzt nein sagt, riskiert irreparable Schäden im System. Aber das wichtigste an allem ist, es geht um das Wohl der betreuten Kinder. Kinder brauchen Kontinuität, Beziehungen, und Vertrauen. All das steht auf dem Spiel, wenn Fachkräfte abwandern und Kitas schliessen müssen. Darum braucht es

ein ja zu dieser Vorlage. Alles andere wäre ein Armutszeugnis für eine verantwortungsvolle Gemeinde.

Didier Pfirter: Wir möchten einen Rückweisungsantrag stellen. Die Gemeinderätin Rahel Graf hat gesagt, es sei bewusst temporär. Der Antrag ist nicht temporär. Wir möchten dem Gemeinderat die Chance geben, effektiv einen temporären Antrag zu stellen. Wenn gesagt wird, man könne das jetzt beschliessen und dann auch wieder rückgängig machen im 2027, dann ist alles was wir hier drin machen temporär. Man kann alles immer wieder rückgängig machen, indem man Reglemente ändert. Ein echter temporärer Antrag würde vorsehen, dass es eben nur gilt, bis die kantonale Regelung 2027 kommt. So wie das jetzt dasteht, wird einfach der Tagessatz erhöht. Wenn man nachher nichts mehr macht, bleibt das auf ewig so, das heisst die Gemeinde wird auf unabsehbare Zeit jährlich ungefähr CHF 170'000 mehr bezahlen müssen.

Andreas Seiler: Es liegt ein Antrag vor, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen. Wir reden jetzt zu diesem Rückweisungsantrag.

Thomas Puppato: Wir von der SVP sind prinzipiell nicht happy, dass man sich bei diesem Geschäft am Kanton Baselstadt messen muss. Der Kanton Baselstadt hat sicher finanziell mehr Kraft, auch künftig und wird immer wieder Anpassungen nach sich ziehen. Darum würden wir dem Antrag auf Rückweisung auf jeden Fall zustimmen.

Dominique Häring: Die Mitte/EVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass wir das Geschäft behandeln müssen. Die Situation ist jetzt prekär. Wir sagen nein zur Rückweisung. Wir müssen wirklich jetzt darüber bestimmen.

Kurt Lanz: Die SP ist auch nicht für die Rückweisung an den Gemeinderat. Ich weiss auch nicht, was man mit einer Rückweisung grundsätzlich bezwecken will. Eigentlich geht es hier um eine Anpassung von einem Reglement. Man könnte auf die zweite Lesung noch irgendwelche Wünsche aussern, aber zurückweisen ist nicht die richtige Variante. Ich bitte euch, das Geschäft nicht zurückzuweisen und wenn ihr irgendwelche Änderungen machen wollt, dann macht das auf die zweite Lesung.

Billie Grether: Die Unabhängigen haben das Geschäft auch ausführlich diskutiert. Es geht überhaupt nicht um die Zurückweisung. Ich schliesse mich dem Vorredner der SP an. Es ist so eine wichtige Sache, dass wir die Standortattraktivität behalten. Die Wirtschaft sollte auch stabil sein und das klappt ja nur, wenn die Vereinbarung möglich ist, temporär oder nicht. Wir verstehen nicht, warum die Wirtschaftsverbände da keine Verantwortungen übernehmen. Sie profitieren ja gerade davon. Ich hoffe wirklich, dass wir im 2027 eine Lösung haben. Wir müssen da dringend handeln und sind nicht für eine Rückweisung.

Didier Pfirter: Es tut mir leid, anscheinend habe ich mich nicht klar genug ausgedrückt. Kurt Lanz sagte, er verstehe nicht, was eine Rückweisung bezwecken soll. Darum wiederhole ich es noch einmal: Gemeinderätin Rahel Graf hat gesagt, dass der Antrag bewusst temporär sei. Dieser Antrag ist überhaupt nicht temporär. Er ist unbeschränkt. Die Reglementsänderung ist einfach so temporär wie sämtliche Gesetzesänderungen. Man kann alle Gesetzesänderungen auch wieder ändern und deswegen sind sie nicht temporär. Darum möchten wir vorschlagen, dass der Gemeinderat für die nächste Einwohnerratssitzung einen effektiv temporären Antrag bringt, welcher die Kitas unterstützt, bis die kantonale Regelung in Kraft tritt.

GR Rahel Graf: Es gibt ja den Unterschied zwischen Reglementen und Verordnung und in der Verordnung können wir das sehr wohl temporär regeln und dann auch wieder rückgängig machen. Wenn wir im Reglement Höchstarife drin haben, heisst das noch lange nicht, dass diese auch ausbezahlt werden. Wir haben einfach «Spielraum» bis dorthin. Die Gemeinde regelt in der Verordnung, wie viel wir den Kitas bezahlen.

Kurt Lanz: Leider habe ich immer noch nicht verstanden, warum es eine Rückweisung braucht. Man könnte einen Antrag stellen, dass im jetzt behandelten Artikel ein Wortlaut reingenommen wird, bis wann das gültig ist. Wir könnten es höchstens verstehen, wenn man

davon ausgeht, dass es eine Verzögerungstaktik sein soll. Wenn wir es zurückweisen, dann dauert alles länger. Das brauchen wir nicht. Wir können jetzt in dieser ersten Lesung Änderungen im Text vornehmen und dann ist das erledigt.

Bernhard Zwahlen: Der Kanton Baselland hat eine der schlechtesten Regelungen für Kinderbetreuung in der ganzen Schweiz. Die Nachbarkantone Solothurn, Aargau und Baselstadt sind besser. Vergleichen wir uns nicht mit Baselstadt, sondern mit Solothurn. Wenn dort die Fachkräfte hinwandern, haben wir sie auch nicht im Baselbiet. Das Problem ist der Kanton, weil er ein bisschen langsam mit diesen Gesetzen ist. Da könnten unsere Landräte ja ein bisschen mithelfen, dass das schneller geht. Wenn der Kanton in drei Jahren ein neues Gesetz macht, dann bedeutet das eine Reglementanpassung in Pratteln und dann muss das Reglement, welches wir jetzt beschliessen so oder so überarbeitet werden. Das Ziel ist ja, dass der Kanton dann mehr Kosten übernimmt. Liebe Landräte schaut, dass der Kanton mehr Kosten übernimmt. Wir müssen leider zustimmen, bis unsere Landräte die Arbeit machen, um unsere Gemeinde von den finanziellen Auswirkungen zu bewahren. Wir bezahlen jetzt, weil unser liebes Parlament im Baselbiet nicht vorwärts macht.

Abstimmung über den Antrag auf Rückweisung, FDP, Didier Pfirter

Der Antrag wird mit 20 Nein- zu 14 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Dominique Häring: Danke an Rahel Graf für die Ausführungen, da muss ich sie nicht mehr bringen. Ich komme jetzt von einer anderen Ecke: Im Jahr 2022 haben die Tagis bereits schon beim Gemeinderat für eine Zusatzfinanzierung angefragt. Nachdem nichts passiert ist, habe ich im 2023 ein entsprechendes Postulat eingereicht. 2024 kam dann die Sondervorlage in den Einwohnerrat und im Herbst 2024 haben die Tagis wieder einen Antrag beim Gemeinderat gestellt, weil die Kosten einfach ausufern. Hier eine Zahl für diejenigen, welche immer nein sagen bei solchen Sachen: Die Lohnkosten in Baselstadt sind 20% höher als wir zahlen können. Das müsst ihr euch mal auf der Zunge zergehen lassen, was das heisst. Genau aus diesem Grund finden wir kein Fachpersonal. Wir sind angehalten, gute Leute in den Tagis zu haben, welche unsere Kinder betreuen. Ich überspitze es noch und stelle einen Antrag, wir reden jetzt vom Reglement, welches dem Gemeinderat die Handhabe gibt zu entscheiden, wie viel sie am Schluss der Kita zahlen wollen, dass wir den Sockelbeitrag auf CHF 135 hoch schrauben. Das gibt dem Gemeinderat mehr Spielraum in dieser Übergangsphase, bei der wir im Moment nicht wissen, wie lange sie geht, individuelle Finanzierungen zu sprechen, ohne dass wir jedes Mal die Diskussion hier drin führen müssen. Der Nationalrat hat am 6. Mai 2025 ein neues Finanzierungsmodell aufgeleist und mehrheitlich zugestimmt. Leider haben die wirtschaftsfreundlichen Parteien dagegen gestimmt. Der Ständerat hat es jetzt in den Händen, auf Bundesebene CHF 200 Millionen sprechen zu können. Diese Finanzierung würde über vier Jahre ausgeschüttet, sprich die Kantone bekommen und geben es an die Gemeinden weiter. Das entlastet uns. Die Fachkräfte brauchen wir für Kinder von Frauen, welche ins Berufsleben zurückgehen, die wiederum Beiträge an die AHV und Pensionskasse leisten und später eine Rente beziehen. Das sind pro Tag CHF 5 bis 10 mehr, was wir jetzt in die Finger nehmen gegenüber einer Ergänzungsleistung von CHF 100 bis 200 in der Woche, weil die Renten und die PK-Gelder nirgends reichen. Die Frauen konnten nur Teilzeit arbeiten gehen, weil sie für die Kinder da sein mussten. Ich gehöre auch zu diesen Frauen und musste meinen Job runterfahren, schauen, dass meine Kinder versorgt sind und dafür brauchte ich auch einen Tagi-Platz. Als Alleinerziehende mit zwei Kindern habe ich eine Subventionierung gebraucht. Wie soll das weitergehen? Wir brauchen die Leute in der Wirtschaft, sie sind besser ausgebildet. Also lassen wir sie doch bitte ihren Job machen. Tagi-Kinder sind genauso glücklich, weil sie nicht nur ein Geschwister oder gar keines haben, sondern sogar 20 «Geschwister». Sie haben ein Umfeld, wo sie Grenzen bekommen und können mit Spielsachen spielen, welche sich die Eltern vielleicht nicht leisten können. Deshalb mein Antrag zur Erhöhung.

Sylvie Anderrüti: Die SP möchte unbedingt, dass diese Vorlage durchkommt und ich wäre auch sehr froh und dankbar, wenn ihr dafür stimmen würdet. Eventuell müssen die anderen beiden Kitas auch Konkurs anmelden.

Billie Grether: Wir unterstützen vollumfänglich die Teilrevision und hoffen wirklich auf eure Unterstützung, um die Standortattraktivität von Pratteln aufrechtzuerhalten. Gerade in den nächsten Jahren wird das sehr entscheidend sein. Die Forderungen waren fast doppelt so hoch und da hat man einen Kompromiss gefunden. Das Plädyer von Dominique Häring ist sehr unterstützenswert. Wir wollen alle, dass es den Kindern gut geht, wenn wir arbeiten, gerade wir Frauen. Auch mit einem Tagi ist es immer noch schwierig, alles unter einen Hut zu kriegen, geschweige denn noch Politik zu machen. Davon kann ich hier ein Lied singen. Es ist wichtig, dass wir gut ausgebildetes Personal in den Kindertagesstätten haben. Sie brauchen ihren Lohn und wir bekommen das 1000-fach zurück.

Silvio Fareri: Ich unterstütze den Antrag meiner Ratskollegin Dominique Häring gerade im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da darf man ruhigen Gewissens «Ja» stimmen. Es ist absolut richtig, dass der Landrat darüber entscheidet. Es gibt einen Grundsatz im Militär: Wenn es schnell gehen muss, mache langsam, sonst kommt es zu Fehlern. Dazu würde ich auch in dieser Hinsicht raten. Unser kantonaler Finanzdirektor hat es schon mehrfach erwähnt, was die familienergänzende Kinderbetreuung anbelangt: Es wird ein zweistelliger Millionenbetrag sein, welcher da auf uns zukommt, sei es mit dem Gegenvorschlag oder mit der Initiative der SP und wenig überraschend, es wird den Kanton wie auch die Gemeinden mehr kosten.

Didier Pfirter: Es sind jetzt da Grundsatzreden über die Bedeutung der Kitas gehalten worden, aber es geht ja bei dem Antrag nicht um die Vereinbarung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein langjähriges FDP-Postulat. Da stehen wir voll dahinter. Aber es geht jetzt nicht um das Prinzip, sondern um die Art und Weise dieser Finanzierung und entgegen der Etikette eben nicht bewusst temporär ist. Allgemein scheint uns der Antrag einen gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen. Im Umkreis von ungefähr fünf Kilometern von unserer Gemeindegrenze gibt es drei weitere Kantone. Wir können nicht jedes Mal, wenn einer dieser Kantone die Löhne seiner Angestellten erhöht, mitziehen. Pratteln hat ungefähr ein halb so hohes Steuersubstrat von den natürlichen Personen wie der kantonale Durchschnitt und schreibt rote Zahlen. Da können wir uns nicht mit Baselstadt vergleichen. Leider haben wir es verpasst, attraktive Unternehmen, welche viel Steuern zahlen, mit einer Ausnahme, in der Rheinebene anzusiedeln und haben darum nicht einen grossen Geldsegen der Pharmazie wie Baselstadt. Wir können auch nicht Spitzenlöhne im kantonalen Vergleich zahlen. Wir müssen eigentlich schon froh sein, wenn wir mit dem kantonalen Durchschnitt mithalten können. Falls das wirklich so ist, dass alle drei Nachbarkantone mehr zahlen und Baselland einer der schlechtesten in der Schweiz ist, wäre das effektiv «pitoyable» und dann muss in Gottesnamen der Kanton da Abhilfe schaffen. Es kann nicht an einer Gemeinde liegen, die schon finanzielle Schwierigkeiten hat. Dann ist auch noch ein problematischer Aspekt von diesem Antrag, dass die Senkung des Tagessatzes auch die Gemeindekasse belastet, zulasten von Leuten, welche bessergestellt sind und grundsätzlich ihren Tagessatz selbst berappen müssten. Aus all diesen Gründen wird unsere Fraktion diesen Antrag so wie er jetzt steht, ablehnen und möchte das auch den anderen Einwohnerratsmitgliedern ans Herz legen.

Bernhard Zwahlen: Ich kann es mir nicht verkneifen, aber die FDP ist nicht bekannt, dass sie Familie und Beruf sehr gut unter einen Hut bringen ausser vielleicht beim traditionellen Familienmodell, bei der eine Person arbeitet und die andere zu Hause ist. Das ist auch eine Kinderbetreuung, aber nicht das, was die FDP jedenfalls national oder jetzt scheinbar auch in Pratteln nicht anstrebt. Es ist existenziell, weil Pratteln die Schwierigkeit hat, dass die Kitas am Schwäscheln sind. Es gibt mehrere, welche kurz vor einem Konkurs sind. Es rechnet sich nicht, man kann Angestellte nicht halten. Was ist das? Wenn wir nichts machen, haben wir fast keine Kitas mehr. Und was machen die Familien? Sie ziehen weg in eine andere Gemeinde/Kanton. Das wollen wir nicht und deswegen müssen wir das unterstützen. Das darf die Steuerzahler etwas kosten, weil wenn man sein Kind in eine Kita stecken kann, dann kann man nämlich auch mehr arbeiten. Das gibt mehr Steuereinnahmen. Diese Rechnung ist für mich relativ klar und darum unterstütze ich persönlich den Antrag von Dominique Häring.

Rebecca Moldovanyi: Didier Pfirter hat von roten Zahlen geredet, die wir machen. Wir machen die roten Zahlen auch, weil wir mit den Steuern runtergegangen sind. Das kann jetzt nicht ein Grund sein, dass wir nicht in die schwächeren Kitas investieren. Was ist die Lösung davon, dass wir weniger Kitas haben? Schlussendlich heisst das weniger Kinderbetreuung, also weniger Leute, die arbeiten können oder Familien, die wegziehen, also weniger Steuereinnahmen. Bei einer Partei, die sich selbst wirtschaftsfreundlich nennt, verstehe ich eine solche Art von Argumentation überhaupt nicht. Es hat niemand etwas davon, wenn eine Kita zugeht. Bitte schaut den Lohnvergleich an, Kitabetreuende verdienen wirklich nicht zu viel. Wenn sie dann noch viel weniger verdienen wie in allen umliegenden Gemeinden, gehen sie natürlich weg.

GR Rahel Graf: Was mir dann doch ein bisschen schräg reinkommt, sind Begriffe wie Spitzentlöhne. Wenn man zwischen CHF 3'000 bis 4'000 im Monat verdient, verstehe ich das wirklich nicht als Spitzentlohn. Wenn man die Möglichkeit hat, in Baselstadt monatlich CHF 200 mehr zu verdienen, denke ich mir sehr wohl, dass man die Gelegenheit beim Schopf packt und in die Stadt arbeiten geht. Das mit den roten Zahlen finde ich irgendwie komisch. Ich weiss nicht, habt ihr die Rechnung von Pratteln auch gesehen? Sockelbeitrag für die Eltern: Es ist ja genau so vorgesehen, dass die fünf Franken Erhöhung, also von CHF 120 auf CHF 125, als Sockelbeitrag vorgesehen, also jeder Platz bekommt den Sockelbeitrag, sprich die Kita bekommt für jeden besetzten Platz diesen Sockelbeitrag von der Gemeinde, nicht die Vollzahlerinnen und Vollzahler müssen auch zahlen. Das ist genau die Idee, dass es nicht auf dem Rücken von denen ausgetragen wird, die eh schon sehr viel für den Kitaplatz zahlen müssen. Wenn der «worst case» eintritt und noch andere Kitas in Pratteln schliessen, dann wäre das ein Problem für uns. Wir sind durch das kantonale FEB-Gesetz verpflichtet, Kitaplätze anzubieten. Bei Erhebungen wird geschaut, ob wir genügend Kitaplätze zur Verfügung stellen. Wenn wir die Kitas verlieren, dann können wir dem gesetzlichen Auftrag nicht mehr nachkommen. Wir sind vom Kanton verpflichtet, die Plätze anzubieten.

Patrick Weisskopf: Ich habe sehr interessiert diesen Diskussionen zugehört und feststellen müssen, dass ich ein sehr konservatives Gesellschaftsverständnis habe. Wir reden da über verschiedene Familienmodelle und ich denke, man sollte das nicht gegeneinander ausspielen, weil jedes seine Vor- und Nachteile hat. Aus den ganzen Diskussionen höre ich einfach heraus, dass nur noch das Geld zählt und das tut mir im Herzen weh. Ich habe auch zwei Kinder im Alter von 18 und 20 Jahren. Die Zeit ist verdammt schnell vergangen und das ist Lebenszeit. Ich hätte mir gerne gewünscht, mehr Zeit mit meinen Kindern verbringen zu können. Wir hatten ein traditionelles Familienmodell. Meine Frau hat sich Zeit genommen für die Kinder. Wir haben es beide nicht bereut. Das ist einfach ein Modell und die Zeit ist etwas, was einfach nicht mehr zurückkommt. An den Arbeitsplatz zurückkommen kann man jederzeit. Ich möchte den Parteien einmal ins Gewissen reden: Geht zurück und schaut das Wesentliche an und dass gerechte Löhne bezahlt werden. Das sind auch die Kitamitarbeitenden. Schaut aber auch, dass die Lebenskosten runterkommen. Konzentriert euch darauf, dass die Krankenkassenprämien runtergehen, dass wir vernünftige Mieten haben und dass man wirklich von den Löhnen leben kann, nicht darum kämpfen und dauernd Ergänzungsleistungen beziehen muss. Das stinkt mir als Steuerzahler: Wir machen immer Steuergeschenke dorthin, wo das Geld ist. Wir haben es jetzt gesehen bei der Quellensteuer. Basel schwimmt im Geld und weiss nicht wohin damit, beim Bund haben sie Zeugs gekürzt und möglichst die Modelle ausgesucht, welche dem Bund nichts abgeben müssen. Dieser ganze Steuerwettbewerb ärgert mich und wenn man das endlich einmal angehen würde, dann könnten wir nämlich die strukturellen Probleme wirklich angehen und hier sind eure nationalen Parteien gefragt. Ich bin bei einer lokalen Partei und muss diesen «Seich» ausbaden. Ich stehe wirklich vor der Frage «anpacken oder loslassen», weil die Probleme immer nur nach unten getreten werden und dann müssen wir es hier wieder fixen und machen. Also nehmt euch das zu Herzen und geht wirklich einmal in die Problematiken hinein, die nötig sind. Die Zeit läuft, man muss etwas machen. Ich bin der Meinung, das muss weiter sauber gelöst und dann nach unten getragen werden. Der Druck sollte jetzt voll weitergegeben werden. Leider höre ich von der anderen Seite, dass ich damit viel kaputt mache und das will ich natürlich auch nicht.

Nicola Steiner: Wir reden über das Geld, das ist richtig. Aber wir reden über Geld, welches sozial eingesetzt wird und das darf man einfach nicht vergessen. Es wird zukunftsorientiert eingesetzt. Der Wegzug von Familien, weil sie entweder keinen Kitaplatz mehr haben, weil es keine Kitas mehr gibt oder wegen zu wenig Personal, bringt weder mir noch euch etwas, wenn man in Zukunft denkt, an wie viele Steuerzahler, wie attraktiv Pratteln als Wohnort ist, auch für Familien, gerade mit dem Label, was wir heute schon mehrfach gehört haben. Das führt dann wiederum zu Grundsatzdebatten von Parteien, die das Gefühl haben, eine Rückweisung von einem gewissen Antrag ist familienfreundlich. Deswegen unterstütze ich auch den Antrag der Mitte.

Reto Ramstein: Wir reden hier von Unterstützung, dass die Kinder betreut werden. Man muss auch sehen, dass viele Leute in der Stadt arbeiten und im Baselland wohnen. Diejenigen mit Arbeitsplätzen in der Chemie haben gratis Kitaplätze zur Verfügung. Sie nehmen die Kinder am Morgen mit nach Basel, geben sie ab und Abend werden sie wieder abgeholt. Man muss auch das sehen. Wir können nicht alles miteinander vergleichen, jeder ist anders finanziell dran. Wenn ich meine Kinder bei meinem Arbeitgeber Novartis/Roche gratis abgeben könnte, würde ich sie sicher nicht in Baselland unterbringen und dafür bezahlen. Man sollte also lieber schauen, dass man das behalten kann und muss lohnmäßig halt etwas machen. Trotzdem sollte man überlegen, wo man das Geld an einem anderen Ort wieder einsparen kann. Man kann nicht nur ausgeben. Wenn wir also CHF 135 wollen, müssen wir den Betrag anderswo einsparen, damit wir einen Ausgleich haben.

Dominique Häring: Bitte nicht Äpfel mit Birnen vermischen. Die chemische Industrie hat Kitas bis zum Zeitpunkt, wo die Kinder in ein schulpflichtiges Alter kommen, dann müssen sie nämlich wieder raus und gehen wieder zurück. Sonst gibt es eine Sondergenehmigung, aber diese ist sehr rar. Im Moment nehmen die Eltern wirklich einen Umzug in Kauf, weil sie damit ca. CHF 1'200 pro Monat sparen.

Urs Schneider: Es ist wirklich schwierig und wir sind mit dieser Vorlage nicht so wahnsinnig glücklich. Jetzt nimmt es die Gefahr, dass es eskaliert mit CHF 135, also noch einmal CHF 10 oben drauf. Da habe ich meine grössten Bedenken. Gemeinderätin Rahel Graf hat vorhin gesagt, dies sei nur ein Maximalbetrag und heisst nicht, dass der auch komplett genutzt wird. Ich bin dieses Jahr hierin schon eines Besseren belehrt worden. Wir haben CHF 10.50 gesprochen für die frühe Sprachförderung für Kinder, die es nötig haben. Die Folge davon war, dass alle anderen Kinder, die es eben nicht nötig haben und auch diejenigen, welche es selbst bezahlen, auch den gleichen Betrag zahlen müssen. Anstieg 40% für alle, die es selbst bezahlt haben. Jetzt reden wir von diesen CHF 5 Erhöhung in einem anderen Thema. Das war ganz nebenbei. Mich stört in erster Linie der Satz in dieser Vorlage, dass es für die Eltern keine negative Auswirkung hat. Ich könnte damit leben, wenn auch die Eltern irgendeinen bestimmten Beitrag daran mitfinanzieren würden und nicht alles komplett an der Gemeinde hängenbleiben würde. Wir reden im Moment von CHF 85'000 für das halbe Jahr, das sind CHF 170'000 im ganzen Jahr. Wenn wir jetzt noch einmal CHF 10 hinaufgehen, dann reden wir von CHF 510'000 was die jährlichen Kosten für die Gemeinde für 140 Plätze bedeutet. Ich sehe die Wichtigkeit absolut von diesen Kitas. Ich wäre auch froh, ich könnte meine Kinder noch mehr extern betreuen lassen, weil das für die Frau wirklich auch noch etwas gibt, wenn sie nicht die ganze Zeit nur die Kinder um sich hat und sich auch auf das Schaffen konzentrieren kann. Das ist absolut wichtig und richtig. Nur müssen wir jetzt wirklich aufpassen, dass wir das Schiff nicht komplett überladen und es am Schluss noch untergeht.

Bernhard Zwahlen: Ich muss noch etwas sagen zum Votum von Reto Ramstein. Wir vergleichen Pratteln nicht mit Baselstadt, aber wir vergleichen alle KMU von Pratteln mit der Roche und der Novartis. Ich habe aus deinem Votum herausgehört, in Pratteln sollen die KMU eine Kita stellen und das ist ja auch nicht das Ziel. Unserer Partei hat schon vorhin gesagt, wir wünschen uns schon lange, dass die Wirtschaft mehr daran finanziert. Wenn die Wirtschaft mehr für die Kitas zahlen würde, weil sie am meisten davon profitiert, hätten wir es am Schluss nicht bei den Steuerzahlenden. Deswegen müssen wir das jetzt halt unterstützen bis dort oben in Bern und im Baselbiet etwas passiert und die Wirtschaft mehr zahlt. Als Gemeinde können wir nicht sagen, alle KMUs in Pratteln bieten jetzt eine Kita an. Das geht nicht. Novartis und

Roche sind internationale, ultrareiche Unternehmen, da können wir nicht miteinander vergleichen.

GR Rahel Graf: Zur Spielgruppe: Die CHF 10,50 sind der oberste Betrag, welcher möglich ist und liegt in der Hand der Spielgruppe, das zu verlangen. Die Gemeinde zahlt einfach bis CHF 10,50 den Preis, welchen die Spielgruppen verlangen wollen. Wenn sie ihre Tarife anpassen, ist das halt Angebot und Nachfrage und freie Wirtschaft. Anders ist es mit den Kitas. Dort kann sehr wohl die Gemeinde sagen, was der höchste Betrag ist und das werden wir auch machen in der Verordnung. Die Kitas können nicht bestimmen, wie viel Geld sie haben oder bekommen, sondern das legt die Gemeinde fest. Wenn man die Vollzahler diesen Betrag auch würde zahlen lassen, würden sie noch mehr bezahlen, obwohl sie bereits jetzt sehr viel Geld zahlen. Wenn man ein Kind fünf Tage in der Woche voll in der Kita hat, dann rechnet sich das ganz schön (CHF 125 x fünf x vier = CHF 2'500/Mt.). Man würde einfach diejenigen belasten, welche tatsächlich schon sehr viel zahlen. Das würde nochmals mehr Anreize geben, den Wohnort zu wechseln. Man muss nicht nach Basel, auch Liestal ist günstiger. Das wäre also das falsche Signal.

Timon Sommerhalder: Ich habe auch sehr gespannt zugehört. Vor zwei Monaten bin ich das dritte Mal Vater geworden. Ich habe jetzt drei kleine Kinder zu Hause und danke an Patrick Weisskopf für sein Votum. Das hat mich sehr angesprochen, auch einmal ein bisschen tiefer oder über die grösere Metaebene nachzudenken. Ich sehe, dass wir Kitas brauchen und dass das wichtig ist. Meine Frau ist momentan zuhause mit den Kids und sie macht das mit Leidenschaft. Sie ist Krankenschwester und freut sich auch schon darauf, wenn sie wieder mehr arbeiten gehen kann. Jetzt aber ist sie bei den Kleinen. Das ist ein sehr wichtiges und wertvolles Modell. So wie ich die politische Diskussion wahrnehme, befürchte ich, dass es momentan einfach nur noch oder vor allem belohnt wird, wenn man die Kinder abgibt. Möglichst alle gehen am Morgen arbeiten und geben die Kinder ab. Diese sind den ganzen Tag betreut, am Abend holt man sie wieder und bringt sie ins Bett. So fühlt es sich für mich an. Ich wünsche mir, dass wir auch Lösungen haben, wenn man die Kinder nicht abgibt, sie zuhause bei der Familie sein können. Das finde ich auch sehr wichtig. Ich habe keine konkrete Lösung, aber wir sollen auch über andere Modelle nachdenken, so dass nicht immer nur das Modell Kita belohnt wird.

Billie Grether: Wenn man schon auf der Metaebene überlegt, dann bitte nicht auf dem Buckel der Frauen. Auch die Männer können zuhause sein und auf die Kinder schauen. Das finde ich auch eine ganz eine wichtige Sache.

Abstimmung

§3 Abs. 3 Gegenüberstellung der Anträge Fraktion Die Mitte-EVP und GR

Antrag Fraktion Die Mitte-EVP, D. Häring	Antrag GR
://: Die Beiträge decken inklusive der Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten einen maximal zulässigen Verrechnungspreis zwischen CHF 112 und CHF 135 pro Tag bzw. CHF 11 und CHF xx pro Stunde. (max. Stundenansatz ist anzupassen im Verhältnis zum Tagessatz)	://: Die Beiträge decken inklusive der Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten einen maximal zulässigen Verrechnungspreis zwischen CHF 112 und CHF 125 pro Tag bzw. CHF 11 und CHF 12 pro Stunde.
18 Ja	15 Ja
2 Enthaltung	

Der Antrag von der Fraktion Die Mitte-EVP, Dominique Häring, wird angenommen.

Die erste Lesung ist abgeschlossen.

14. Nr. 3388

Stellungnahme Motion, Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Bernhard Zwahlen, Velostrassen für die Hauptrouten: Augst-Pratteln und Muttenz-Frenkendorf

GR Petra Ramseier: Die Motion zur Velostrasse Hauptroute Augst-Pratteln und Muttenz-Frenkendorf ist am 28. August 2023 überwiesen worden. In der Zwischenzeit sind alle nötigen Abklärungen gemacht worden und wir haben die Limite von einem Jahr ausgiebig ausgereizt. Dafür möchte ich mich noch entschuldigen. Wie ihr im vorliegenden Bericht seht, wird es noch eine Weile dauern, bis die Umsetzung möglich ist, weil wir zuerst die planerischen Grundlagen im kommunalen Richtplan vorbereiten müssen. Aus diesem Grund legen wir hier einen Zwischenbericht vor, welcher zwei Anträge hat. Erstens, dass wir noch länger brauchen und zweitens, dass wir gewisse Freiheiten haben in der Bearbeitung im kommunalen Richtplan, falls sich da Optionen ergeben, welche jetzt mit dieser Motion nicht abgedeckt sind. Ich bitte euch einerseits zu entschuldigen, dass wir länger brauchen und andererseits uns die Flexibilität im Zusammenhang mit dem kommunalen Richtplan auch zu geben.

Bernhard Zwahlen: Der Gemeinderat und die Abteilung Bau ist auf mich zugekommen und hat mich über den Ausgang dieser Motion informiert. Ich bin eingeladen worden ins Büro und man hat mir alle Knackpunkte erklärt. Ich schätze das sehr, dass die Verwaltung auf den Motionär zugeht und erklärt, was nicht möglich ist und warum jetzt so eine speziellere Situation besteht. Wichtig ist jetzt, dass wir einen guten kommunalen Richtplan ausarbeiten und einen guten Strassenetzplan haben. Beim Strassenetzplan muss wirklich jedes Verkehrsmittel seine eigenen Routen drin haben. Für gewisse Sachen braucht es vom Kanton eine Zustimmung und in Pratteln haben wir im Moment einfach diese Rechtsgrundlage nicht. Das ist bei der Frenkendorferstrasse z. B. ein Fussgängerstreifen, welchen man nicht machen darf, weil er nicht im Richtplan drin ist oder das sind auch je nachdem irgendwelche zusätzliche Überführungen über die Eisenbahn, die mitfinanziert würden, wenn man solche gut in einem Richtplan oder Strassenetzplan drin hat. Ich bitte euch, den Beschlussantrag des Gemeinderats zu unterstützen. Ich glaube, wir müssen einfach abwarten und unsere Arbeit jetzt machen, damit man überhaupt mit dieser Motion weiterfahren kann.

Fabian Mendelin: Der Bericht von Glaser Sixer Keller AG vom 15. Januar 2025 sagt klar, dass die Mehrheit der geplanten Route rechtlich nicht zulässig oder verkehrstechnisch nicht notwendig ist. Die Bezeichnung Velostrasse, bei welcher man in diesem Bericht als Velo Vortritt hat, hat keine gesetzliche Grundlage und ist irreführend. Es sind bereits schon CHF 14'000 ausgegeben worden für den Bericht. Das Stehenlassen dieser Motion führt zu einem Aufschub ohne Perspektive. Beim Remeliweg, wo drei Fahrzeuge pro Tag durchfahren, den Strassenverkehr zu ändern, weiß ich jetzt nicht, ob das das Wichtigste ist. Bei der Zehntenstrasse: Ich selbst fahre auch Velo, aber wenn man von Liestal Richtung Pratteln fährt, rechts ein Bahngleis hat und dann von dort etwas kommt, ist schon viel falsch gelaufen. Wenn man Richtung Liestal geht, fährt man mit dem Velo auf der Oberemattstrasse, Muttenzerstrasse und Mühleweg Richtung Frenkendorf. Auch dort kommt euch kein Auto in den Weg. Überlegt euch also, ob ihr an dem festhalten wollt. Es ist immer möglich und wenn ihr für jeden Verkehrsteilnehmer eine eigene Strasse bauen wollt, braucht das viel Platz. Es heißt immer, in der Schweiz hat es das nicht. Zusätzlich führt die Einführung von den unterschiedlichen Forderungsregelungen aus meiner Sicht nur zu Verwirrung der Verkehrsteilnehmer auch bei den Autofahrern. Man hat einmal einen Rechtsvortritt, irgendwann gibt es dann einmal eine Velostrasse und irgend einmal kommen wir von der linken Seite her auf eine andere Idee, was wir noch einführen können. Am besten sausen sie einfach durch, ohne zu schauen. Alle können sich an die Verkehrsregeln halten. Es dürfen alle mitmachen und es ist ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander. Der Velofahrer hat keinen besseren Rang als ein Autofahrer, nur weil man das Gefühl hat, das ist besser. Die Motion ist aus Sicht der SVP weder zielführend noch notwendig und deshalb vollständig abzuschreiben. Falls ich das als Antrag abgeben muss, habe ich ihn dabei.

Andreas Seiler: Das wäre ein Antrag zur Änderung des Beschlusses 3.1. Ich lese den Antrag nochmals vor: Von einer weiteren Bearbeitung ist abzusehen. Die Motion ist nicht stehen zu lassen, sondern formell als erledigt resp. abzuschreiben zu betrachten.

Bernhard Zwahlen: Es gibt eine Rechtsgrundlage in meiner Motion. Das Problem ist, dass wir keinen Strassen Netzplan haben, in welchem kommunale Velorouten drin sind. Deswegen müssen wir das zuerst machen und dann kann man die Velostrassen umsetzen. Velostrassen sind nicht verwirrend. Es gibt sie ja schon an vielen Orten und der Kanton Baselland ist darum bemüht. Das Ziel davon ist, die Velofahrenden wegzunehmen von der Autohauptroute, so dass die Fahrräder irgendwo anders schnell von A nach B kommen und somit dem Auto nicht im Weg sind. Eigentlich haben wir hierin beschlossen, dass der Gemeinderat die Velostrassen umsetzen muss. Ich bin mir nicht sicher, ob man jetzt den Entscheid rückgängig machen kann. Ich glaube, wir müssen warten, bis die Rechtsgrundlage besteht und solange muss die Motion stehenbleiben. Meiner Meinung nach kann man nicht nachträglich sagen, wir führen die Motion jetzt doch nicht aus. In der Motion steht auch eindeutig, die Velostrassen werden umgesetzt auf diesen und diesen Routen. Der Gemeinderat stellt den Antrag, dass er ein bisschen mehr Spielraum bekommt, den will ich ihm gewähren. Stehen lassen müssen wir es so oder so.

Fabian Mendelin: Es gibt einen Bericht von einem Experten und der sagt, es ist nicht notwendig beziehungsweise nicht zulässig. Auch wenn es zulässig wäre. Es bringt nichts, auf dieser Route eine Velostrasse zu machen, weil sie jetzt schon, so wie sie ist, vor allem in der Zehnstrasse, genügt für die Velofahrer. Es kostet nur viel Geld für nichts und noch einmal nichts. Man kann sich das überlegen. Ich bin der Meinung, das braucht es nicht, es passt so.

GR Petra Ramseier: Es ist nicht so, dass jeder Punkt, welcher jetzt auf diesen Plänen eingezeichnet ist, auch umgesetzt werden muss, Beispiel Remelistrasse. Dort ist die Situation tatsächlich so, dass es nicht unbedingt zusätzliche Massnahmen braucht. Genau das schauen wir uns im nächsten Schritt an, wenn wir die Route tatsächlich einmal festgelegt haben. Es hat keinen Sinn mehr zu investieren, solange die Route nicht definitiv ist und wir die Umsetzung angehen können. Daher unser Vorschlag, das in den kommunalen Richtplan hineinzunehmen und von dort aus weiter zu bearbeiten.

Andreas Seiler: Formell möchte ich noch anmerken: Diese Motion wurde vom Einwohnerrat erheblich erklärt und der Gemeinderat hat sie bearbeitet. Jetzt kommt sie wieder in den Einwohnerrat zurück. Es liegt in der Kompetenz des Einwohnerrats zu entscheiden, ob er die Motion stehenlassen will oder ob er mit der Antwort des Gemeinderats diese abschreiben will. Entsprechend würden wir nachher bei der Abstimmung so vorgehen, dass wir den Antrag der SVP, Fabian Mendelin, dem Antrag des Gemeinderats gegenüberstellen. Wenn man den Antrag 3.1 abändert, macht 3.2 eigentlich keinen Sinn mehr. Danach stimmen wir über den obliegenden Antrag ab. Solange die Motion nicht abgeschrieben wird, bleibt sie natürlich stehen, je nach Abstimmungsergebnis.

Billie Grether: Habe ich dich richtig verstanden: Du möchtest jetzt darüber abstimmen lassen, ob es jetzt so stehenbleibt oder dass man dann, das so wie es im Bericht steht, auf die Gesetzesänderung warten würde und weitere Schritte ihn Erwägung ziehen?

Andreas Seiler: Der Antrag des Gemeinderats besteht ja aus zwei Beschlüssen: 3.1. Die Motion wird stehengelassen und 3.2 der Gemeinderat hat da ein bisschen mehr Freiheit, die Motion mit anderen Routen umzusetzen. Dieser wird dem Gegenantrag der SVP gegenübergestellt mit Wortlaut: 3.1 Von einer weiteren Bearbeitung ist abzusehen. Die Motion ist nicht stehen zu lassen, sondern formell als erledigt, respektive abzuschreiben zu betrachten.

Billie Grether: Das ist rechtlich so zulässig?

Andreas Seiler: Das Büro ist dieser Meinung.

Billie Grether: Der Meinung sein und Wissen ist nicht das Gleiche. Deswegen frage ich. Ich fände es einfach wirklich wichtig, ob es zulässig ist.

Andreas Seiler: Ich kann jetzt keine andere Antwort gegeben. Ich bin der Meinung, dass es so zulässig ist.

Billie Grether: Dann müssten wir es wirklich stehenlassen und das nächste Mal nehmen, damit wir wirklich sicher sind.

Bernhard Zwahlen: Mir ist noch etwas aufgefallen: Es ist die erste Antwort des Gemeinderats, wo darauf steht, wie viel Geld man schon ausgegeben. Sonst wüssten wir das gar nicht und würden jetzt nicht über Geld reden. Das finde ich ein sehr spannender Fakt am Ganzen. Im Grundsatz gibt es Wege dort darauf, welche nicht unbedingt eine Velostrasse sein müssen, aber es sollte eine Veloroute werden. Man sieht im Bericht, dass dort nicht viel gemacht werden muss beziehungsweise gar nichts gemacht werden muss. Das kostet auch nicht mehr. Es steht von ein bis zwei Knotenpunkten, welche wirklich sehr knapp und ein bisschen heikel sind für die Velos. Wir können die Motion jetzt abschreiben, aber dann bringe ich Vorstöße zu jedem einzelnen Knotenpunkt. Dann kann man es ohne Velostrasse und eigentlich per sofort umsetzen. Oder wir machen das wie vorgeschlagen und warten bis ein kommunaler Richtplan besteht. Wir entscheiden uns, wo die Velorouten durchgehen und genau diese Kreuzungen passt man dementsprechend an. Den Rest lässt man wie es ist. Sonst kann ich in Pratteln jede gefährliche Kreuzung heraussuchen und einen Vorstoss machen. Stimmen wir doch jetzt zu, warten drei bis vier Jahre und dann schauen wir, ob die Velorouten kommen.

Andreas Seiler: Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrats, § 38: *Motionen und Postulate gelten formell als erfüllt, wenn der Gemeinderat einen Bericht unterbreitet. Die materielle Umsetzung des Geschäfts wird im Geschäftsbericht erwähnt. Bei der Behandlung des Berichts entscheidet der Einwohnerrat, ob die Motion oder das Postulat abzuschreiben sind.*

Aus meiner Sicht ist die Stellungnahme da auch ein Bericht und schlussendlich geht es jetzt darum, wie der Rat entscheidet und das beurteilt. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, würden wir die beiden Anträge der SVP und Gemeinderat gegenüberstellen. Am Schluss stimmen wir über den obsiegenden Antrag ab. Der Antrag der SVP lautet: Von einer weiteren Bearbeitung ist abzusehen. Die Motion ist nicht stehen zu lassen, sondern als erledigt respektive abzuschreiben zu betrachten.

Abstimmung

Absatz 3.1 Gegenüberstellung der Anträge SVP und GR

Antrag SVP, Fabian Mendelin	Antrag GR
://: Die SVP Pratteln beantragt die Motion vollumfänglich abzuschreiben. Von einer weiteren Bearbeitung ist abzusehen. Die Motion ist nicht stehen zu lassen, sondern formell als erledigt resp. abgeschrieben zu betrachten.	://: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Motion so lange stehen zu lassen, bis die Rechtsgrundlage für die Umsetzung vorliegt.
13 Ja	20 Ja
2 Enthaltungen	

Antrag Gemeinderat obsiegt.

Der Rat beschliesst mit 25 Ja- zu 10 Nein-Stimmen:

://: 3.1 Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Motion so lange stehen zu lassen, bis die Rechtsgrundlage für die Umsetzung vorliegt.

Der Rat beschliesst mit 31 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: 3.2. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Motion gegebenenfalls auch mit Abweichungen der vom Motionär vorgeschlagenen Routen umzusetzen aber gestützt auf den alsdann überarbeiteten, genehmigten SNP.

15. Nr. 3408

Beantwortung Postulat, U/P, Christoph Zwahlen, Sicherer Remeliweg – weniger Schleichverkehr

GR Stefan Löw: Die Beantwortung liegt vor. Eine genaue Kenntnis hatten wir hier auch nicht mehr. Wir haben sämtliche Bewilligungen erfasst und zusammengetragen. Wir mussten feststellen, dass eine grosse Anzahl von Fahrzeugen und Organisationen dort eine Durchfahrtsbewilligung haben und soweit auch begründet, dass sie diese bekommen haben. Dementsprechend ist halt doch ein rechtes Verkehrsaufkommen in diesem Gebiet. Wenn man die Bewilligungen einziehen oder ändern würde, wäre die Situation anders, in dem die Verkehrswege zum Teil wesentlich länger werden. Man hat das bereits einmal geprüft und war mit diesem Thema auch im Einwohnerrat. Es wurde dann entschieden, dass man die Bewilligungen weiterhin aufrechterhält, damit sie ihre Fahrzeiten einhalten und die Dienstleistungen auch in diesem Zeitraum sicher und zuverlässig erbringen können. Wir machen Kontrollen dort unten und wir beantragen, dass die durchfahrenden Fahrzeuge gekennzeichnet werden. So können Personen erkennen, was für Fahrzeuge das sind und wieso sie eine Berechtigung haben, dort durchzufahren. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Bernhard Zwahlen: Ich übernehme das Postulat von meinem Vater, weil er dem Einwohnerratsbüro angehörig ist. Wir können das Postulat gerne abschreiben. Es ist aber nicht so ganz erfreulich, was der Gemeinderat aus dem Postulat gemacht hat. Es ist ein grosses Problem dort unten, ich kreuze sehr häufig Autos. Wenn man so vielen Autos eine Zusatzbewilligung gibt, dann müsste man die Strasse breiter bauen. Es gibt auch einen schnelleren Weg als die Rauricastrasse. Jeder Mensch aus der Längi kennt die Frenkendorferstrasse. Da geht man via Rankacker nach Pratteln hinein. Das ist einiges kürzer als die Rauricastrasse. Das weiss eigentlich jeder, der dort hin muss. Wenn wir merken, dass sich nichts ändert, wird vielleicht eine Motion folgen, bei welcher dann halt explizit steht, wie die Umsetzung mit weniger Autos kommen soll. Der Gemeinderat scheint nicht wirklich interessiert daran, den Schleichverkehr dort zu unterbinden.

GR Stefan Löw: Das ist eine Unterstellung. Wir sind wirklich interessiert, dass der Verkehr ordnungsgemäss ist und diejenigen mit einer Durchfahrtsbewilligung auch Rücksicht nehmen. Daran arbeiten wir. Wir werden auch die Bewilligungen anschauen und falls keine Berechtigung mehr besteht, diese auch entziehen. Bei einem Notfall/Schadenfall muss die entsprechende Firma in die Längi fahren dürfen.

Der Rat beschliesst ohne Gegenstimme:

::: Das Postulat Nr. 3408 wird als erfüllt abgeschrieben.

16. Nr. 3481

Interpellation, Fraktion Die Mitte-EVP, Silvio Fareri, Labels der Gemeinde Pratteln: Kosten-Nutzen?

GP Stephan Burgunder: *Frage 1: Über welche Labels verfügt die Gemeinde Pratteln?* Das ist Energiestadt, Grünstadt und Kinderfreundliche Gemeinde. Alle drei Labels sind auf Initiative des Einwohnerrats zurückzuführen.

Frage 2: Welche Kosten fallen/fielen pro Label für die Zertifizierung sowie ggf. Rezertifizierung an? Bisher haben wir die internen Kosten nicht erhoben und es gibt auch keine projektspezifischen Kosten für Projektierung oder Realisierung somit wirklich nur die effektiven Kosten. Das ist bei der Energiestadt ein jährlicher Mitgliederbeitrag von CHF 4'000. Zur Beantragung der Zertifizierung oder Rezertifizierung fallen dann noch einmal weitere Kosten an für die Energiestadt-Beratung, das ist wieder Bestandesaufnahme, Erarbeitung der Unterlagen, Vorbereitung der Auditierung, das sind CHF 17'500 etwa alle vier Jahre. Bei der Grünstadt haben wir die Offerte vom 17. Februar 2025, also relativ neu. Das sind CHF 4'200 für die Begleitung durch

den grünen Stadtberater. Das Audit kostet dann noch einmal etwa CHF 4'000. Somit sind wir insgesamt für die Grünstadt im Bereich von CHF 8'200. Die Rezertifizierung findet dort im sechs Jahresrhythmus statt. Die Kosten der Rezertifizierung sind abhängig von der Einwohnerzahl und da werden wir in der Größenordnung von einem mittleren, vierstelligen Betrag sein. Bei der kinderfreundlichen Gemeinde hat die Standortbestimmung und der Zertifizierungsprozess 2021 CHF 17'000 gekostet. Davon hat der Kanton CHF 3'000 übernommen. Die Rezertifizierung in diesem Jahr kostet ungefähr CHF 5'500.

Frage 3: Wie schätzt der Gemeinderat die Wirksamkeit solcher Labels ein (Kosten-Nutzen)?
Der Gemeinderat hat keine Kosten-Nutzenschätzung vorgenommen, da der Nutzen grösstenteils von diesen Labels qualitativ ist und so schwierig messbar. Die Energiestadt ist ein Management-Tool für eine effiziente Energiepolitik der Gemeinde. Es ist breit abgestützt (Bund, Kantone, Gemeinden, Städteverband). Heute sind 470 Gemeinden in der ganzen Schweiz Energiestadt zertifiziert und 60% von der Schweizer Bevölkerung lebt in einer Energiestadt. Die Grünstadt Schweiz regt mit seinem Label Städte und Gemeinden an, sich für urbanes Grün und damit auch für eine hohe urbane Lebensqualität einzusetzen. Der Vergleich mit anderen Gemeinden hilft, die eigenen Vorgänge zu hinterfragen und zu optimieren. Teil der Vorarbeiten von dieser Zertifizierung ist eine Situationsanalyse mit Stärken und Verbesserungspotenzial. Die externe Beurteilung ermöglicht es, so weitere Optimierungen vorzunehmen. Aktuell machen wir das sehr detailliert mit dem Werkhof und es ist sehr wertvoll, dort eben zu sehen, was wo und wie optimiert werden kann. Bei der kinderfreundlichen Gemeinde sind Kinder und Jugendthemen nicht, wie beispielsweise raumplanerische Themen, automatisch auf der politischen Agenda. Die Mitwirkung von dieser Zielgruppe ist nicht per se gegeben. Damit aber eine gesunde Gemeinde auch diese wichtige Zielgruppe und die Bedürfnisse berücksichtigen und bearbeiten kann, ist ein übergreifendes Zusammenarbeiten notwendig. Die Initiative kinderfreundliche Gemeinde fördert das Miteinander und stärkt unsere Gemeinde als Ganzes.

Silvio Fareri: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung von meinen Fragen. Ich bin noch nicht 100% zufrieden mit der Beantwortung, vor allem gerade auf den Punkt drei. Ich will mir darum vorbehalten, dass ich dort mit einem weiteren Vorstoss nachdoppeln werde. Es geht ja genau darum, ob wir die ganzen Labels nur für das gute Gewissen machen oder schafft man es effektiv, auch zukünftige Einwohnerinnen und Einwohner zu unserer Gemeinde hinzuziehen.

::: Die Interpellation ist beantwortet.

Die Geschäfte Nrn. 3485, 3482, 3483 und 3484 wurden nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.30 Uhr beendet.

Pratteln, 30. Juni 2025

EINWOHNERAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Andreas Seiler

Nurhan Tasdelen